

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

140 (19.6.1918)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

**Bezugspreis:** Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkassal monatl. 1.10 M., 1/2jährl. 5.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 5.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 5.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 5.60 M., vorauszahlbar.

**Ausgabe:** Freitag mittags. **Geschäftszeit:** 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. **Herzbl.** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

**Anzeigen:** Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A., Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

### Die Kämpfe an der italienischen Front.

#### Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 18. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird vorklärt:

Die Schlacht in Venetien nimmt ihren Fortgang. Die Armeen des Generalobersten Freiherrn von Burm gewannen an zahlreichen Stellen Raum. Ihr Südflügel erreichte in zähem Kampf den Kanal Focobba. Generaloberst Erzherzog Joseph hat seine Erfolge im Montello-Gelände aus. Italienische Gegenangriffe scheiterten.

In drei Kampftagen wurden in diesen Gebieten 370 italienische Gefangene eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kanonen.

Beiderseits der Brenta rannte der Feind abermals vergeblich gegen unsere neuen Stellungen an. Ebenso erfolglos verliefen südlich von Asiago mehrere englische Angriffe. Die Zahl der Gefangenen ist auf 30000 gestiegen. In der ersten Reihe der Fronten sind 120. Die Werte an Minenwerfern und Maschinengewehren sowie sonstigen Kriegsmitteln ist noch nicht gezählt.

#### Der Chef des Generalstabes.

W.B. Wien, 18. Juni. (Nicht amtlich.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Was der erste Tag der einseitigen Offensive an der Südwestfront unseren braven Truppen an Erfolgen brachte, wurde auch gestern trotz aller verzweifelnder Anstrengungen des Gegners teils behauptet, teils unbeeinträchtigt durch alle Beschwerlichkeiten der ungenügenden Witterung weiter ausgebaut. Das Westufer der Piave und die beherrschenden Höhen des Montello bis hinunter an das Meer waren der Schauplatz erbitterter Kämpfe, in deren Verlauf sich unsere dort operierenden Armeen in den Besitz weiterer feindlichen Geländes und dadurch einer größeren Sicherheit aller bisher errungenen Erfolge setzten. Sowohl der Raumgewinn im Gebiete des Montello wie auch westlich des San Dona und die Einnahme des vielumstrittenen Cape Sile sind die ersten Früchte des mit einer unergieblichen Schnelligkeit und einem durchschlagenden Erfolg unternommenen Hauptüberganges, der für die Italiener ebenso überaus wichtig wie bedrohlich ist und uns einen Ausblick für alle weiteren Möglichkeiten eröffnet. Doch bei Sagor e eine einzige Sturmtruppe eines Infanterieregiments 700 Mann aus neun verschiedenen Regimentern zu Gefangenen machte, gibt einen zutreffenden Beweis davon, wie sehr durch die Wucht unserer Angriffe die Verbände des Gegners in Verwirrung geraten sein müssen und ein schnelles Abzug von dem prächtigen Offensivgeist unserer Truppen. Auch während des gestrigen Tages blieben alle beiderseits der Brenta errungenen Erfolge fest in den Händen der österreichisch-ungarischen Truppen. Kein Fuß breit Boden in dieser wild zerklüfteten Gebirgslandschaft, wo jeder Schritt nach vornwärts von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, konnte der feindlichen Verteidigung der alpenländischen Regimenter entzogen werden. So schlossen sich die Erfolge der beiden Kampfstage würdig den vorausgegangenen Ergebnissen an.



Italienische Berichte.

Rom, 17. Juni. Der Kriegsberichterstatter des „Giornale d'Italia“ schreibt gelegentlich der Kämpfe in Italien: Die Haltung unserer Soldaten war großartig. Das schnelle Eingreifen der Artillerie und die Fähigkeit der Infanterie haben den Feind behindert, während des ersten Tages die vorgesehenen Ziele zu erreichen. Um 3 Uhr fingen Tausende feindlicher Feuerbomben an, einen Hagel von Geschossen und Gasgranaten auf unsere Stellungen von der Höhebene von Asiago bis zum Monte Crappa zu schleudern. Kurz danach dehnte sich das Feuer vom Asiago bis zum Sagarinatal aus und vom Montello bis zum Meer. Aber schon seit 11.45 Uhr vor dem Beginn des feindlichen Artillerielampfes fingen unsere Batterien, besonders auf der Höheebene, eine energische Gegenüberbereitung an. Die feindlichen Sturmtruppen, durch Lastautomobile in die erste Linie gebracht, wurden von unserer Artillerie verfolgt, die große Verwirrung hervorrief. Unsere Kanoniere hörten keinen Augenblick auf, trotz so außerordentlichen heftigen Feuers und seiner erstickenden Gasgranaten dem Feinde zu erwidern. Das Gasbombardement erreichte auch die Deckungszone, bis zu den Dörfern hinter unseren

Linien war das feindliche Feuer heftig. Mehr als 800 Granaten fielen in die Stadt Treviso. Die venetianischen Städte von Schio bis Bassano und Asolo wurden aus weittragenden Geschossen beschossen. Alle verfügbaren Feuerbomben und alle die besten Truppen wurden von den Oesterreichern in den Kampf geworfen.

### Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 18. Juni. (W.B. Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die feindliche Artillerie entwickelte in einzelnen Abschnitten in Flandern, beiderseits der Rys, zwischen Arras und Albert gegen Tätigkeit. Nach heftigem Feuerüberfall griff der Feind gegen Mitternacht südwestlich von Albert an. Er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Südwestlich von Royon und südlich der Aisne lebte die Artillerietätigkeit in den Abendstunden auf. Teilvorstöße des Feindes nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

#### Neue Versenkungen.

W.B. Berlin, 16. Juni. Im Sperrgebiet um England sind durch unsere U-Boote neuerdings 16000 B.R.E.

feindlichen Handelschiffes vernichtet worden. Außerdem wurden an der Ostküste folgende englische Fischerfahrzeuge und Segler vernichtet: „Fortuna“, „Eclips“, „Dahspring“, „Mer“, „Beryl“, „Diamthus“, „Ac-tive“.

#### Der Chef des Admiralstabs der Marine.

W.B. Haag, 18. Juni. (Nicht amtlich.) Das Korrespondenzbüro meldet, daß der Seeschlepper „Zeeland“ morgen zur Untersuchung des Wracks des gesunkenen Logarithmisches „Königin Regentes“ in See gehen wird. In Nord befinden sich der deutsche Kapitänleutnant Gadow und der englische Kommandeur Fergus. Die Leitung der Untersuchung wird dem holländischen Leutnant zur See I. Klasse Vink übertragen.

W.B. Washington, 18. Juni. (Nicht amtlich.) Neuter. Die norwegischen Seegeschiffe „Samoa“ und „Kingsjaac“ wurden von einem Unterseeboot versenkt. Die Besatzungen wurden gerettet.

W.B. London, 18. Juni. (Nicht amtlich.) Neuter. Die Admiralität meldet: Der Hilfskreuzer „Battia“ wurde am 13. Juni von einem deutschen Unterseeboot torpediert und versenkt. Ein Offizier und fünfzehn Mann der Besatzung ertranken.

#### Kleine Kriegsnachrichten.

W.B. Bern, 18. Juni. (Nicht amtlich.) „Progres de Yvon“ meldet: Am 17. Juni wurde Boulogne von deutschen Flugzeugen angegriffen. Ein Wasserflugzeug warf bei dem Angriff auf zwei Stadtvierteln acht Bomben ab. Ein Stadtviertel wurde besonders schwer getroffen. Elf Personen wurden getötet, sehr beträchtlicher Sachschaden angerichtet.

W.B. Amsterdam, 18. Juni. (Nicht amtlich.) Die Niederländische Telegraphenagentur meldet, daß heute Nachmittag in Blijdingen ein französisches Flugzeug landete. Die Insassen wurden interniert.

#### Schwierigkeiten in Oesterreich.

Wien, 18. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Das Volksernährungsamt veröffentlicht eine Mitteilung, wonach in Wien bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Mehlration eine vorübergehende Kürzung der Brotration auf die Hälfte eintreten muß. Für die Einstellung anderer verfügbarer Lebensmittel wird nach Möglichkeit gesorgt werden.

Wien, 18. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) In der heutigen Beratung der Ökonomen des Gemeinderates und der Parteien berichtete Bürgermeister Dr. Weiklirchner über die Kürzung der Brotration in Wien, sowie über die Vorprache beim Ministerpräsidenten und beim Ernährungsminister, die aber ergebnislos geblieben sei. In der anschließenden Debatte wurde das Verlangen gestellt, daß die Regierung sofort neuerliche Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland pflege. Mit Deutschland insbesondere in der Richtung wenn es schon nicht mit Mehl, so doch mit Kartoffeln ausbesse. Auf Antrag des Bürgermeisters wurde die Abweisung von Depechen an den ungarischen Ernährungsminister, an den bayrischen Ministerpräsidenten und an die deutsche Regierung beschlossen, in denen ausreichende Einfuhr von Kartoffeln besonders aus Bayern erbeten wird.

Wien, 18. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Einer Abordnung von 150 Sozialdemokraten, die wegen der Kürzung der Brotration für die Wiener Bevölkerung vorstellig wurde, erklärte Ministerpräsident v. Seidler, daß von den Abteilen wie militärischen Stellen alles Erdensliche unternommen würde, um die getroffene Verfügung zu vermeiden. Seit der Erschöpfung der heimischen Vorräte sei Oesterreich auf die Zufuhren aus der Ukraine und Bessarabien angewiesen, die jedoch gegenwärtig infolge der Stockung in der Aufbringung unbefriedigend seien. Naturgemäß seien sofort alle erforderlichen Einleitungen getroffen worden, um andererseits Ausbissen zu beschaffen, namentlich seitens Deutschlands, das jedoch selbst im gegenwärtigen Zeitpunkt, knapp vor der neuen Ernte, genötigt sei, eine Kürzung der Brotquote vorzunehmen und daher begreiflicherweise mit den eigenen Vorräten hausälterlich umgehe. Gestern Abend sei noch Minister Paul nach Berlin gereist. Es bestehe immerhin die Hoffnung, daß von deutscher Seite im Sinne der im Mai getroffenen Vereinbarungen gewisse Transporte an Oesterreich abgegeben würden. Der Ministerpräsident hofft, daß die Periode der Verringerung der Brotquote so kurz als möglich sein werde und versichert schließlich, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Erfassung der heranreifenden Ernte so rasch als möglich durchzuführen. (Anmerkung Wolffbüro: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist die Abgabe von Brotgetreide aus deutschen Beständen ausgeschlossen.)

Wien, 18. Juni. (Privatmeldung.) Die Verkürzung der Brotration wird von der gesamten Presse ernsthaft besprochen. In der „Arbeiterzeitung“, welche in ihrem Leitartikel sehr heftige Angriffe gegen die Regierung richtet, erhebt der Parteivorstand der Sozialdemokraten den schärfsten Widerspruch gegen diese Maßnahme und lehnt jede Verantwortung für die Folgen ab. Andererseits fordert der Parteivorstand die gesamte Arbeiterschaft auf, die Ruhe zu bewahren, insbesondere sich nicht zu Massdemonstrationen auf der Straße hinziehen zu lassen, vielmehr die Beschlüsse des heute nachmittag einguberufenen Wiener Arbeiterrates abzuwarten.

#### Saager Konferenz.

Berlin, 18. Juni. Der „Vorwärts“ bestätigt, daß zu der Konferenz, die der Vorsitzende des internationalen sozialistischen Komitees, Troelstra, nach dem Haag einberufen hat, auch der Reichstagsabgeordnete Scheidemann gereist sei. Es handelte sich um eine Vorbesprechung, an der von österreichischer Seite die Genossen Seitz und Ellenbogen teilnahmen. Auf Grund der Ergebnisse dieser Zusammenkunft werde Troelstra dann mit den Sozialisten der Entente in Fühlung treten.

#### Eröffnung des rumänischen Parlaments.

W.B. Bukarest, 18. Juni. (Nicht amtlich.) Aus Jassy wird gemeldet: Die heute im Jassyer National-Theater erfolgte Eröffnung des Parlaments verlief in durchaus ruhiger und würdiger Weise. Die Königin und die Prinzessinnen waren zu der Feier nicht erschienen. Die Vertreter des diplomatischen Kabinetts wurden die Stelle aufgenommen, in der sie, der bei seinem Erscheinen von den Volksvertretern lebhaft begrüßt wurde, beim Verlesen der Thronrede sagte, daß eine Verlängerung des Widerstandes die vollkommene Erschöpfung des Landes herbeigeführt hätte, und Rumänien den Frieden abgeschlossen habe, der sich ihm als Lebensbedingung aufdränge, brachen die Körperlichkeiten in einen mehrere Minuten dauernden Beifallsturm aus. Mit gleichen langanhaltenden stürmischen Kundgebungen wurde die Stell aufgenommen, in der von der Angliederung Bessarabiens an das Mutterland die Rede ist und die Worte der Wiederaufnahme der Freundschaft zu den Mächten, mit denen der Friede geschlossen wurde, fanden aufrichtigen Beifall.

#### Der ukrainische Nahrungsmittelrat.

Kiew, 17. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Der deutsche und der österreichisch-ungarische Votschaffer unterzeichneten heute gemeinschaftlich mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten das Abkommen über die Einrichtung des ukrainischen Nahrungsmittelrates, der für das ganze Gebiet der Ukraine einheitlich die Aufbringung der Nahrungs- und Futtermittel zu regeln und die Versorgung der in der Ukraine stehenden Truppen, der Städte und der Industriezentren der Ukraine sowie die Ausfuhr nach den Mächten zu übernehmen hat.

Dem Ukrainischen Pressebüro Berlin wird aus Kiew gemeldet: Der ukrainische Ministerrat hat in endgültiger Redaktion ein provisorisches Agrargesetz angenommen, nach dessen Hauptbestimmung einzelne Personen nur 25 Desjatinen Ackerland kaufen dürfen. Die Staatsagrarkontroll wird ohne Beschränkung weitere Ländereien ankaufen zwecks Verkauf an die Bauern zu Pargellen zu 25 Desjatinen. Demnächst wird der Ministerrat das definitive Agrargesetz des ukrainischen Staates beraten.

#### Scharfe Maßnahmen gegen die Tschecho-Slowaken in Rußland.

W.B. Moskau, 18. Juni. (Nicht amtlich.) Pressemeldungen zufolge hat Tschitcherin den Vertretern der Entente eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die scharfsten Maßnahmen zur Unterdrückung des tschechisch-slowakischen Aufstandes getroffen seien. Dies könne nicht als ein feindlicher Akt gegen die Entente betrachtet werden, denn eine andere Handlungsweise gegenüber den tschechischen Truppen sei für den Fall der Volkstrennung nicht zulässig.

Stilk h.  
MOOS  
Kaisorstr. 187.  
1918.  
Stellung  
bhard  
10-6 Uhr.  
ontags von  
hr. 8691  
Slisten  
Schlußkaffe  
stortierte sind  
nen Gewinne  
den neuen  
oder bei Nicht-  
und nach aus-  
Kaffe 12/288  
10. Juli, Pflä-  
lich bei  
Göy  
erieinnehmer  
5. Rathaus  
rliche  
lungen kann  
eten bei  
enlaub,  
e 191. 3837  
ein leichter  
eder-Retit-  
20 Pentner  
d und Brem-  
ein Kummel,  
ir, ein gutes  
Subre weither  
bei 8848  
inger,  
elefon 1700.  
ng!  
Nollen und  
elwagen wer-  
durch Selbst-  
bunden Leuten  
ausgeführt.  
a Werte,  
4. St.  
uhren  
aturbedürftig,  
ufft in 8599  
ubs  
aufgeführt,  
e 52.  
unte  
haare  
8092  
aarhandlung,  
32.  
fleißiger  
hen  
rn & Cie.  
2.  
nd mitzu-  
8830  
i  
ägerin  
ent.  
eund“  
mer  
ge, sucht  
erfabrik,  
1. 8844

# Der Reichstag in Hamburg.

Karlsruhe, 19. Juni.

175 Reichstagsabgeordnete, darunter zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, waren Ende letzter Woche nach Hamburg gefahren, um sich über die Wünsche der Stadt und des dortigen Handels unterrichten zu lassen. Ein Großredner, ein Bankier und ein Großhändler hatten ihnen auseinandersetzen geübt, daß die Hauptfrage für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege die vollständige Bewegungsfreiheit des Handels und der Schifffahrt, Beseitigung aller staatlichen Zwangsmaßnahmen sei. Und der Reichstagspräsident Döwe hat den Hamburger Kapitalinteressenten versprochen, der Reichstag werde gegen den wirtschaftlichen Belagerungsstand kämpfen wie gegen den politischen. Ueberräusend große Erfolge hat der Kampf des Reichstages für die politische Freiheit bisher nicht gebracht; wir hoffen sehr, daß seine Kriegserklärung gegen die wirtschaftliche Ordnung noch viel wirkungsloser bleibt, aber wir fürchten bei der Stärke kapitalistischer Einflüsse das Gegenteil.

Der Reichstag möge auf seiner Gut sein! Honigglück wissen ihm die in der Kunst der Menschenbehandlung erfahrenen Nachkommen der alten Pfefferkade vorzureden, welche herrlichen Zeiten sie das deutsche Volk entgegenführten, wenn man nur die Wallin und Warburg frei schalten und walten ließen. Inzwischen steigen auf diese Aussicht hin die Kurse der Schifffahrtaktien an der Börse ins Unermeßliche; die Spekulation nimmt die Gewinne vorweg, die man sich davon verspricht, der staatlichen Wirtschaft ein Schnippchen zu schlagen. Nicht der Reichstag noch nicht Lunte? Als das Gesetz über den Wiederaufbau der Handelsflotte zur Beratung stand, winkten die Großredner nicht ab, sie wollten aus eigener Kraft wieder stark werden; nein, sie nahmen nicht nur mit Vergnügen die zwei Milliarden Reichszuschuß an, sondern drängten sogar ungestüm darauf und jeder jedem, der sich sträubte, aufeinander, die ganze Zukunft Deutschlands hinge davon ab, daß man — mit Reichsgeld — genügend Schiffsraum bereitstelle, um die Rohstoffzufuhr bei Kriegsende zu beschleunigen. Jetzt auf einmal erklären die selben Redner, Schiffe habe man mehr als genug, nur der Rohstoff in der ganzen Welt sei knapp und den können nur die Hindernisse des Kaufmanns aufspüren; darum sei jede staatliche Bewirtschaftung des Schiffsraums ganz verfehlt. Der Widerspruch ist aufdringlich plump. Wird der Reichstag den kühnen Hamburger Spekulanten wieder glauben, wie er ihnen beim Gesetz über die Handelsflotte geglaubt hat?

Während des Krieges hat das Industriekapital und teilweise auch der Binnenhandel ungeheure Gewinne eingesprochen. Nach dem Krieg wollen das Schiffahrtskapital und der Außenhandel sich ebenso bereichern wie ihre glücklichen kriegsgewinnlichen Brüder. Und wieder soll das deutsche Volk die Kosten tragen. „Wir müssen durch das Fegefeuer der freien Preisbildung hindurch“, ruft Herr Max Warburg dem Reichstag zu. Wir danken schön! Gebranntes Kind scheut das Feuer und wir haben uns in der Hölle des Preiswunders der ersten Kriegsmomente die Finger so gehörig verbrannt, daß wir nach dem Fegefeuer des Nachkriegswunders feinerlei Verlangen tragen. Unschuldige wie ein Lamm und harmlos wie ein Kanarienvogel fragt der alte Fuchs Wallin, warum dem die Regierung dem deutschen Volke, das in allen Schichten und Berufsständen so Großes geleistet habe, Mißtrauen entgegenbringe und es nicht frei wirtschaftlich lassen wolle. Ganz Deutschland hat in diesem Kriege wirklich Angeheures gelitten und geleistet, aber die Kapitäne der freien Wirtschaft haben nur gewuchert und ohne die staatliche Ordnung der Kriegswirtschaft wären wir längst am Ende. Gerade im Interesse des deutschen Volkes, das gekämpft hat, muß die Freiheit des Spekulantentums rücksichtslos unterdrückt werden. Auf die Freiheitsproben der Profitgier darf das deutsche Volk noch viel weniger hineinfallen als auf die des Herrn Wilson.

# Aus der Partei.

**Aus den Organisationen.** Der sozialdemokratische Parteiverein Eberfeld-Warmen hat nach der Scheidung von den Unabhängigen vor einem Jahre eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl ist in ständigem Wachstum; der Kasienstand ist günstig. Dem in der letzten Jahresversammlung erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß das Parteiorgan, die „Freie Presse“, sich trotz aller gegnerischen Nachschaffungen einer regelmäßigen Vermehrung ihrer Leser erfreut. Ebenso wenig ist es den unausgesetzten Bemühungen der Unabhängigen gelungen, der „Arbeiter-Jugend“ unter den jugendlichen Leser abspenstig zu machen. Ferner interessiert wohl die Feststellung, daß das „autonome“ unabhängige Blatt, die „Vergische Volksstimme“, in Eberfeld und Warmen zusammen es bisher auf ganze 400 Abonnenten gebracht hat. Da die großen Aufgaben für die Zukunft auch größere finanzielle Mittel erfordern, beschloß die Jahresversammlung, den Wochenbeitrag der männlichen Mitglieder von 10 auf 15 Pf. und den 14tägigen Frauenbeitrag von 15 auf 20 Pf. zu erhöhen. Für die Genossinnen wird dafür die „Gleichheit“ unentgeltlich geliefert. Ebenso wird ein einheitliches Eintrittsgeld von 80 Pf. erhoben, das natürlich bei dem Wiedereintritt in die alte Partei von den Unabhängigen nicht verlangt wird.

# Ausland.

## Der Zeitungsstreik in Warschau.

WM. Warschau ist nun schon seit vier Wochen ohne Tageszeitungen. Die Lage hat sich zwischen den Druckern und den Herausgebern so verschärft, daß wenig Hoffnung auf Verständigung besteht.

Was die Arbeitsbedingungen angeht, um die die Drucker kämpfen, wäre ein Einvernehmen möglich. Die Herausgeber würden vielleicht einverstanden sein, das das Minimum des wöchentlichen Lohnes der Druckereingestellten auf 100 Mark festgesetzt werde. Sie würden auch bereits in eine Erhöhung des Tarifs um 15 Prozent ein, während die Drucker ihre Forderungen um 20 Prozent herabsetzen. Aber die Drucker verlangen, daß die Herausgeber für die Zeit des Streiks nachbezahlen. Darauf wollen diese unter keinen Umständen eingehen; sie sagen: „Lieber werden wir die Zeitungen ganz schließen.“

Einstweilen erscheint das Ersatzblatt „Dziennik Wpólny“, das von den Druckereibesitzern gesetzt wird, die früher selbst Setzer waren. Aus der Staatsdruckerei ist eine Nummer des „Dziennik“ des Justizministeriums herausgekommen. Es wurde von den ungeliebten Händen der Druckereibeamten gesetzt, die diese dringende Arbeit verrichtet haben, weil ohne das Erscheinen des „Dziennik“ das Kriegsgericht in Jamsko, im Cholmer Lande, zum vorgesehnen Termin nicht eröffnet werden könnte.

Was wird weiter geschehen? Es verlautet, daß die Warschauer Drucker Geldunterstützungen von auswärtig erhalten, aber das sind gewiß nur Klatschereien. Andere Gerüchte besagen, daß die Drucker keine Mittel zum Leben mehr haben, daß der Hunger bereits ihre Wohnungen heimfuche und daß sie bald zur Arbeit werden zurückkehren müssen. Es besteht nun der Plan, die Drucker der Staatsdruckerei zu Staatsangestellten zu machen und ihnen statt Arbeitslohn Gehälter zu zahlen, um auf diese Weise den „Monitor Post“ in Betrieb setzen zu können. Wahrscheinlich wird es dazu kommen, da die öffentlichen Sitzungen des Staatsrats, dessen Eröffnung unüberdunkel auf den 22. Juni anberaumt wurde, zweckslos wären, wenn die Öffentlichkeit nicht davon erfahren könnte. Jemand ein Ausweg aus der Lage muß also gefunden werden.

**Budapest, 17. Juni.** (WB. Nicht amtlich.) Meldung des ungarischen Corr.-Büros. Ministerpräsident Dr. W. Ederle hat als Minister des Innern einen Gesetzentwurf über die Regelung des Kinogewerbes unterbreitet. Dem Gesetz zufolge erhält die Konzession für Kintheater zwei Jahre nachdem das Geschäft Rechtskraft erlangt hat. Das Kinogewerbe kann nach dieser Zeit nur von Gemeinden und Städten betrieben werden. Die Herstellung und der Vertrieb eines Films können nur auf Grund einer Konzession ausgeübt werden. Für die Konzession ist ein gewisser Prozentsatz des Reineinkommens zu entrichten.

**Bukarest, 18. Juni.** (WB. Nicht amtlich.) Aus Jassy wird gemeldet: Vor dem Zusammentritt des Parlamentes hielten die Mitglieder der Regierungsmehrheit eine Beratung ab. Ministerpräsident Marghiloman betonte, daß die Erhebung

der Anklage gegen die früheren Machthaber von der Initiative des Parlamentes, nicht von der der Regierung ausgehen müsse. Er sprach dann über die weiteren Aufgaben des Parlamentes, das unermüdet arbeiten und auch Nachsichtungen werde abhalten müssen. In gleichem Sinne sprach sich der Minister des Inneren Arion aus. Je ein Vertreter der Kammer und des Senates stimmten im Namen der beiden gesetzgebenden Körperschaften diesen Ausführungen zu und verkündeten die Regierung ihres vollen Vertrauens u. ihrer rücksichtslosen Unterstützung.

# Deutsches Reich.

**Hauptauschuß des Reichstages.** Bei der Einzelberatung des Gesetzentwurfes über die Steuerflucht erklärte heute Unterstaatssekretär Sydow, das Reich habe keine Veranlassung, in die Schutzmaßnahmen der Einzelstaaten gegen die Steuerflucht einzugreifen. Jeder schützt seine Steuergebiete selbst und deshalb braucht nicht in die Landesgesetzgebung eingegriffen zu werden. Trotzdem glauben wir ein allgemeines Bedürfnis zu befriedigen, wenn wir eine einheitliche Regelung als Richtlinie aufstellen, weil wir sonst von den einzelstaatlichen Parlamenten die verschiedensten Gesetze sehen könnten. Aber es geht nicht an, in die natürliche und materielle Steuerhoheit der Einzelstaaten in einem so weitgehenden Maße einzugreifen, wie es der Antrag Waldheim beabsichtigt.

**Partei im 6. Armeebezirk.** Der öffentliche Protest eines unserer schlesischen Parteiblätter, der „Vergewacht“, hat einen entscheidenden Erfolg gezeitigt. Nachdem die „Vaterlandspartei“ im niederschlesischen Industriebezirk das Verbot öffentlicher Versammlungen dadurch umgehen wollte, daß die Fortschritt der Vaterlandspartei angegliederten Vereine, wie Flottenverein, Ostmarkenverein, Wahlverein d. gemäßigten Parteien u. a., durch große Traktate für die „geschlossene“ Versammlung geladen wurden, erfolgte die offene Anfrage unseres Parteiblattes an das Stellvertretende Generalkommando, ob es jetzt öffentliche Versammlungen gestatte oder mit diesem Täuschungsmanöver einverstanden sei. Wie in ihrer Dienstnummer die „Vergewacht“ nun mitteilt, ist die Versammlung der Vaterlandspartei eben aus dem öffentlichen kritisierten Grunde verboten worden. In einem gleichzeitig unserem Parteiblatt überlieferten Schreiben des Generalkommandos wird die „strenge Zurückhaltung der Militärbehörde“ betont, im übrigen aber mißbilligt, daß die Fragestellung öffentlich geschehen sei.

# Frauenwahlrecht, Verhältnismahl, Erste Kammer.

Wir haben in unserem Landtagsbericht die Rede unseres Gen. Abg. Marum zu den Verfassungsfragen nur in einem kurzen Auszuge gebracht. Da die Behandlung jener Fragen mit zu den wichtigsten Beratungsgegenständen der gegenwärtigen Landtagssitzung gehörte und Gen. Marum in seiner Rede den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Verhältnismahl, dem Frauenwahlrecht und der Ersten Kammer in ebenso ausführlicher wie trefflicher und erschöpfender Weise dargelegt hat, wollen wir nunmehr nach Vorliegen des stenographischen Berichtes seine Rede in einem ausführlichen Auszuge nachholen. Abg. Marum führte aus:

Wegen des geringen Ergebnisses der Kommissionsverhandlungen hat man davon gesprochen, daß die Verge getreift haben, daß aber nur ein Mäuselchen geboren worden sei. So geht es mit allem Neuen. Auch die Frage des Verhältnismahlrechtes, auch die Frage der Abschaffung der Ersten Kammer, wie die Frage des Frauenwahlrechtes werden zuerst lächelnd, lachend abgetan, bis sie endlich einmal ernsthaft diskutiert werden, bis immer größere Widerheiten ihnen anhängen und bis es endlich hier wie bei anderen Fragen gelingen wird, eine Mehrheit des Hauses, eine verfassungsmäßige Mehrheit für sie zu erlangen. Es gibt sehr viele Mehrheiten, die im Laufe der Zeiten haben umlernen müssen, sie sich haben anbequemen müssen den Forderungen einer neuen Zeit. Das gilt auch für die Forderungen, die von der Kommission und in den Anträgen erhoben worden sind, wenigstens so weit die drei Kardinalforderungen in Betracht kommen, mit denen ich mich beschäftigen will. Wenn heute die Kommissionsverhandlungen auch die Verhandlungen dieses hohen Hauses mit einem negativen Resultate abschließen, so wollen wir deswegen nicht verzagen.

# Tarasz Bulba.

Von Nikolaus Sogol.

(Fortsetzung.)

Wie ein am Himmel schwebender Sabicht, der plötzlich, nachdem er mit seinen starken Flügeln manch gewaltigen Kreis beschreiben hat, mit ausgebreiteten Schwingen an einer Stelle hängen bleibt und dann wie ein Pfeil auf die singende Wachtel am Wege herabschneit, so stürzte sich Tarasz Sohn, Ostap, auf den Fährer und warf ihm schnell den Strick um den Hals. Das rote Antky des Fährers wurde noch röter, als ihm die grauliche Schlinge die Kehle zuschnürte; er griff nach der Wirtel, aber die krampfhaft zusammengedrückte Hand vermochte nicht mehr zu zielen und die Kugel flog nutzlos ins Feld hinaus. Sofort löste Ostap die ledere Schnur vom Sattel des Fährers, die dieser zur Fesselung der Gefangenen mit sich führte und band ihm mit seiner eigenen Schnur Hände und Füße zusammen; das Ende befestigte er an seinem Sattel und schleifte dann dem Polen über das Feld, indem er alle Kosaken der Abteilung Uman laut ermahnte, ihrem Hauptmann die letzte Ehre zu erweisen.

Als die Uman-Kosaken hörten, daß ihr Hauptmann Vordobny gefallen sei vertieften sie das Schlachtfeld und eilten herbei, um seinen Leichnam in Sicherheit zu bringen. Dann gingen sie sofort zu Rute, wenn sie zu ihrem Hauptmann wählen sollten. Endlich sagten sie: „Wozu sollen wir lange überlegen? Wir können ja doch keinen bessern Hauptmann bekommen als Ostap Bulba; er ist zwar der jüngste von uns, aber er hat so viel Verstand wie ein alterer Mann.“

Ostap nahm die Mühe ab und dankte allen Komrades für die Ehre, ohne sich erst lange mit seiner Jugend oder seiner geringen Erfahrung zu entschuldigen, denn er wußte, daß man während des Krieges keine Zeit zu solchen Dingen hat. Er führte seine Kosaken jagend dorthin, wo das Gebirge am höchsten war und bewies so, daß sie nicht weiß beritten waren,

als sie ihn zum Hauptmann wählten. Als die Polen merkten, daß die Sache doch ernst wurde, zogen sie sich zurück und stürmten quer über das Feld, um sich am anderen Ende wieder zu sammeln. Der kleine Hauptmann gab den vierhundert Mann, die in der Nähe des Lores standen und noch nicht am Gescheh teilgenommen hatten, ein Zeichen — und ein Kartätschregen bagelte auf die Reihen der Kosaken nieder; sie trafen jedoch nur wenige. Dafür aber streiften einige Kugeln die Ochsenherden der Kosaken, die die Schlacht mit entsetzten Blicken anstarrten. Die erschrockenen Ochsen brüllten laut auf, stürmten auf das Kosakenlager zu, zertrümmerten die Wagen und traten viele Leute zu Boden. In diesem Augenblick jedoch stürzte Tarasz mit seiner Abteilung aus dem Hinterhalte hervor und verlegte den Tieren den Weg, die aufs höchste gereizt, fehr machten und sich mit angstvollem Gebrüll auf die polnischen Reiter stürzten, die weiter über den Hüfen warren und alles zerstampften und zertraten.

„Galloh, Dank ihr Ochsen!“ schrien die Saporoger, „Ihr habt uns während des ganzen Felzuges schon manchen Nutzen gebracht und jetzt leistet ihr uns gar noch Kriegsdienste!“

Und mit frischen Kräften stürzten sie sich auf den Feind. Da wurde manch ein Pole niedergemetelt und viele von den Kosaken zeichneten sich durch ihre Kraft und ihren Gelendmut aus. Meteliza, Schilo, die beiden Wisarenko, Wortujenko und noch mancher andere.

Die Polen sahen, daß es schlecht mit ihnen stand, und so befehlen sie denn, die Fahnen zu hissen und das Stadthor zu öffnen. Starrrend öffnete sich das eisenschlagene Tor und nahm die sich stoßenden und drängenden, erschöpften und besaubten Reiter auf wie der Stall die Schafe. Viele Saporoger sprengten ihnen nach, aber Ostap hielt seine Reute zurück und sagte: „Haltet euch fern von ihnen. Es ist gefährlich, sich ihnen zu nähern.“ Er botte die Wahrheit gesprochen, denn die Polen schleuderten alles, was sie in die Hände bekommen, von den Mauern herab und hierbei wurde mancher Pole gefährlich ver-

letzt. In diesem Augenblick tritt der Hetman an Ostap heran, lobte ihn und sagte:

„Der Hauptmann ist zwar noch jung, aber er leitet seine Schar wie ein alter, gewiehrter Seerührer!“

Der alte Bulba wandte sich um, um zu sehen, von was für einem Hauptmann die Rede sei, und erblickte Ostap, der mit der Mühe auf dem Ohr und mit dem Hauptmannstisch in der Hand an der Spitze seiner Reute hoch zu Ross saß. „Das ist ein Kerl!“ rief der Alte, ihn voller Freude betrachtend und dankte allen Uman-Kosaken für die seinem Sohne erwiesene Ehre.

„Na, habt ihr uns zusammengebunden?, riefen ihnen die Saporoger von unten zu.

„Ich werde euch schon fassen,“ schrie der dicke Oberst immer wieder von oben herab und drohte mit einem Strich; die erschöpften und bestaubten Krieger wollten noch immer nicht aufhören, Drohungen auszustosen und die Geißelstängeln ließen es auf beiden Seiten nicht an kräftigen Worten fehlen.

Endlich zerstreuten sich alle miteinander. Die einen begaben sich, vom Kampfe ermüdet, zur Ruhe, die andern legten Erde auf ihre Wunden und zerrissen Lächer und die kostbaren Gewänder, die sie dem Feinde abgenommen hatten, um sich zu verbinden. Die, die sich etwas frischer fühlten, brachten die Erdrägen fort und erwiehen ihnen die letzte Ehre sie gruben ihnen mit einem Säwert oder einer Lanze ein Grab und legten die Erde in ihren Mägen und Rockhöfen fort; andächtig legten sie die toten Kosaken hinein und schütteten frische Erde über sie, damit ihnen Kräfte und Alder nicht die Augen auslocken sollten. Die Leichen der Polen banden sie zu je zehn und mehr an die Säwert wilder Rasse und ließen diese ziellos über das ganze Feld raschen, ja, sie jagten noch hinter ihnen her und schlugen sie auf die Lenden. Die rasenden Pferde flogen über die Furchen, Hügel, Gräben und Wäde und schleiften die mit Blut und Staub bedeckten Körper der Polen über den Erdboden.

(Fortsetzung folgt.)

aber von...  
 erung aus...  
 Aufgaben des...  
 dachfungen...  
 der Mi...  
 der Kammer...  
 ebegebenden...  
 die Regie...  
 Interaktion...  
 erung des...  
 e heute Un...  
 Veranlassung...  
 die Steuer...  
 behörde selbst...  
 eingetrag...  
 meines We...  
 Regelung...  
 selbstständigen...  
 nten. Aber...  
 Steuerhoheit...  
 einzugreifen...  
 iche Protest...  
 macht", hat...  
 die "Boten...  
 das Verbot...  
 alte, daß die...  
 vereine, wie...  
 Wahlber...  
 ch große In...  
 wurden, er...  
 das Stellver...  
 Veranlassung...  
 einverstanden...  
 "man nicht...  
 aus dem...  
 ten wor...  
 überlandten...  
 enge Barik...  
 billigt...  
 Erste  
 Bede unseres...  
 in einem...  
 Fragen mit...  
 gegenwärtigen...  
 er Bede den...  
 iswohl, dem...  
 nfo ausführ...  
 hat, wollen...  
 icht seine...  
 g. Marum  
 ioniöverhand...  
 kreist haben...  
 o geht es mit...  
 ites, auch die...  
 ie Frage des...  
 ie sie im...  
 erner größere...  
 hier wie bei...  
 Hauses, eine...  
 gibt sehr viele...  
 in müssen, die...  
 einer neuen...  
 er Kommission...  
 is so weit die...  
 denen ich mich...  
 ildungen und...  
 dem negativen...  
 nicht bezogen...  
 Oktap heron...  
 r leitet seine...  
 en, von was...  
 die Olay, der...  
 mannschaft in...  
 h sah. "Das...  
 tragend und...  
 eine erweisende...  
 en ihnen die...  
 e Oberst im...  
 n Strich; die...  
 immer nicht...  
 ichtigen lie...  
 en fehlen...  
 Die einen be...  
 ändern legten...  
 die kostbaren...  
 ten, um sich...  
 brachten die...  
 re sie großen...  
 Grab und her...  
 ort; andächtig...  
 in frische Erde...  
 Augen aus...  
 die zu je zehn...  
 ründen diese...  
 a noch hinter...  
 die ruhenden...  
 n und Wäde...  
 r Körper der

Wir haben die Empfindung, daß die Zeit mit uns arbeitet, und wir haben das Gefühl, daß die Zukunft uns und diesen Forderungen Mecht geben wird, aus dem einfachen Grunde heraus, weil die Forderungen nicht nur gerecht, sondern auch vernünftig sind, und weil wir die Hoffnung haben, daß Sie der Vernunft dieser Forderungen auch auf jener Seite des Hauses (zum Zentrum) sich in Zukunft nicht verziehen werden.

Es sind drei Forderungen, die in erster Linie gestellt worden sind und die das Interesse des hohen Hauses in Anspruch genommen haben. Der Herr Kollege Muser hat sich ausführlich mit der Forderung des

**Frauenwahlrechts**

beschäftigt. Man hat gegen das Frauenwahlrecht eingewendet — auch in der Kommission von Seiten der Großh. Regierung ist es geschehen —, daß heute die große Mehrheit der Frauen das Wahlrecht gar nicht wolle, und daß man ihnen damit ein Geschenk gebe, das nicht erwünscht sei. Das ist von jener Seite (zum Zentrum) und von Seiten der Regierungen, nicht nur unserer Regierung, sondern ich will da allgemein die Regierungen nehmen, ein sehr sonderbares Argument. Es wird also gesagt: deshalb weil die Mehrheit der Frauen das Wahlrecht nicht will, deshalb soll es nicht eingeführt werden, und das wird gesagt gerade von jenen Seiten, die im allgemeinen den Standpunkt vertreten: die Mehrheit des Volkes darf nicht entscheidend sein. Ich habe noch nicht bemerkt, daß gerade die Regierungen und jene Seite des Hauses den Wünschen der Männer, wenn sie von der Mehrheit der Männer geäußert worden sind, entgegengekommen sind und sie zur Durchführung gebracht haben. In Verbindung damit wird auch gesagt, die Frauen seien teilnahmslos, sie wollten das Wahlrecht nicht, und deshalb weil sie teilnahmslos seien, soll man es ihnen auch nicht geben. Auch das ist ein Schluß, der nicht gerechtfertigt werden kann. Warum sind denn die Frauen teilnahmslos? Nach meinem Empfinden deswegen, weil sie heute noch rechtlos sind, und ich habe die Überzeugung, daß die Frauen, die das Wahlrecht nicht haben, die nicht die Gelegenheit haben, am öffentlichen, politischen Leben teilzunehmen, nicht teilnahmslos sind als die Männer, sondern es ist schon richtig darauf hingewiesen worden, daß trotz ihrer Rechtlosigkeit ein große Zahl der Frauen energisch am politischen Leben Anteil nimmt. Ich habe die Überzeugung: man gebe nur den Frauen das Wahlrecht, und sie werden sich voller Interesse und voller Teilnahme an den politischen Dingen zeigen, sie werden teilnehmen an allen öffentlichen Dingen und an all dem, was mit dem Wahlrecht zusammenhängt.

Eines der übelsten Argumente ist das, daß man sagt: die Frau wird dem Hause entzogen und wird durch die Gewährung des Wahlrechts in das politische Getriebe hineingeführt. Durch die Gewährung des Wahlrechts wird die Frau dem Hause nicht entzogen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern sie ist durch den wirtschaftlichen Kampf, durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse längst dem Hause entzogen worden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich möchte einmal fragen: Welche Frau ist den heute nur noch Hausfrau? Doch nur Wenige, deren Mann so viel verdient, daß sie einen geübten, leistungsfähigen Haushalt führen kann. Im allgemeinen, bei der Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere bei der arbeitenden Bevölkerung, ist die Frau hineingeworfen in das wirtschaftliche Leben, in den Strudel des Arbeitskampfes und gezwungen, teilzunehmen in dem wirtschaftlichen Leben. Gezwungen, nicht freiwillig hat sie es getan, und nicht wir sind es, die die Frau dem Haushalt entzogen haben, sondern die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse ist es, die die Frau gezwungen hat, in die Fabriken zu gehen, und heute sind es insbesondere die Kriegsverhältnisse, die die Frau in das wirtschaftliche Leben hineingeworfen haben. Man sagt: durch die Gewährung des Wahlrechts wird die Frau dem Hause entzogen. Ich kann nicht verstehen, daß die Frau, die noch Hausfrau ist, dadurch ihren Pflichten entzogen wird. Dieses Argument steht auf derselben Höhe, wie wenn man sagen wollte: der Mann wird seinem Beruf dadurch entzogen, daß ihm das politische Wahlrecht gewährt wird. Das wäre ungefähr das gleiche Argument, und ebenso wenig wie jenes, ist auch dieses richtig.

Der Herr Berichterstatter hat schon auf einen gewissen Zusammenhang der Frauenwahlrechtsfrage mit der sozialdemokratischen Partei hingewiesen. Der Herr Staatsminister hat das in seinen Ausführungen in der Kommission aufgegriffen, und der Bericht der Kommission sagt der Herr Staatsminister habe ausgeführt, für die Regierung sei der Umstand, daß die Sozialdemokratie am lebhaftesten für das Frauenwahlrecht eintrete zur Begründung der Macht des Parlamentarismus Hauptpunkt in der ablebenden Stellungnahme. Gewiß der Herr Staatsminister hat ausgeführt, das sei kein Hauptpunkt für die Regierung. Aber wenn es auch kein Hauptpunkt ist, ein Punkt ist es offenbar doch gewesen bei den Erwägungen, die für die Regierung maßgebend gewesen sind, und das empfinde ich als unangenehm, als Unrecht, und als kränkend für unsere Partei, daß man immer noch, wenn auch nicht als Hauptpunkt, aber immerhin doch von Seiten der Großh. Regierung eine Frage, und zwar eine derartige große und wichtige Frage, danach beurteilt, wie sie sich Bezug auf die Sozialdemokratie wirkt und ob sie etwa unserer Partei einen Vorteil bringt. Gewiß wir verlangen das Frauenstimmrecht auch deswegen, weil wir glauben, daß die Frauen ebenso wie die Männer in steigendem Maße unserer Partei anhängen werden. Aber dieser egoistische Grund ist für uns nicht ausschlaggebend (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wir haben die Überzeugung, daß, wenn jetzt das Frauenwahlrecht gewährt wird, wir nicht den Vorteil davon haben werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern daß vielmehr die Herren von der rechten Seite den Hauptvorteil daraus ziehen werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Über diese Frage ist für uns nicht entscheidend, danach beurteilen wir die Frage gar nicht.

Man darf die Frage nach dem Frauenwahlrecht nicht so stellen, daß man sagt: Warum soll die Frau das Wahlrecht bekommen?, sondern man muß umgekehrt fragen: Warum soll die Frau das Wahlrecht nicht haben? Ich meine, nicht eigentlich an sich liegt es, ihnen zu beweisen, daß das Frauenwahlrecht beabsichtigt, notwendig ist, sondern an jener Seite, an den Gegnern des Frauenwahlrechts solle es liegen, uns darzutun, aus welchen Gründen nun die Frauen anders behandelt werden sollen als die Männer. Heute haben wir ein Refusat nicht erzielt, und ich würde die Abstimmung voraus. Aber früher hat man darüber gesprochen, heute findet sich schon eine erhebliche Widerheit für das Frauenstimmrecht, und für das Gemeindefrauenstimmrecht findet sich vorwiegend in diesem Hause eine Mehrheit. Ich habe die Überzeugung: ebenso wie einzelne Herren von Ihnen heute schon für das Frauenstimmrecht sind, wird sich die Zahl der Anhänger vergrößern, und wir selbst werden es nach erleben, daß wir hier

im Hause viellecht neben uns Frauen sitzen sehen. Ich glaube, das wird kein Schaden sein, kein Schaden werden für uns, noch für sie, noch insbesondere für diejenigen, die jetzt als Gegner des Frauenstimmrechts auftreten. Ich will an eines erinnern, was ich in der Kommission gesagt habe. In den amerikanischen Senat ist vor kurzem die erste Frau eingezogen, die dadurch hineinkam, daß in einzelnen amerikanischen Bundesstaaten das Frauenwahlrecht bereits zur Durchführung gebracht ist. Und die einzige, die im Senat gegen die Kriegserklärung Nordamerikas an Deutschland gestimmt hat, war diese Frau, nicht etwa aus animatöralen Gründen, sondern aus allgemeinen Reichheitsgründen, weil sie Verständnis hatte für den Wahnsinn dieses Mordens in der ganzen Welt, und ich meine, sie hat damit nicht nur sich, sondern allen Frauen und allen denjenigen, die das Frauenwahlrecht verlangen, ein Ehrenzeugnis ausgestellt. Dieser Vorgang beweist, daß die politische Reife der Frau mindestens so groß sein kann wie diejenige der Männer. (Fortsetzung folgt.)

**Badischer Landtag.**

Zweite Kammer. — 60. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 18. Juni.

Die Sitzung wurde um 1/4 Uhr von dem Präsidenten Kopf eröffnet. Zur Beratung stand zunächst

**das Stiftungsgesetz.**

Der Gesetzentwurf betr. die Veränderung des Stiftungsgesetzes sieht eine Erweiterung des Begriffs der kirchlichen Stiftung vor, einmal durch die Ausdehnung der Grenzen des kirchlichen Bedürfnisses und zum anderen durch die Erstreckung auf das Gebiet der Wohlthätigkeit, indem er gleichzeitig für Freigebigkeitshandlungen auf diesem letzteren Gebiet dem Stifterwillen einen Einfluß auf die rechtliche Gestaltung der Widmung einräumt.

Ramens des Verfassungsausschusses erstattet Abg. Dr. Kopf (Nat.) den Bericht über das Gesetz. Er leitete dabei mit, daß man im Ausschuss daran kritisch geübt habe, warum gerade in der Kriegszeit diese Gesetzesänderung vorgenommen werde, worauf die Regierung erwiderte, es handle sich um die Erfüllung eines schon lange vor dem Kriege gegebenen Versprechens. An dem Gesetzentwurf wurden einige Änderungen vorgenommen; verschiedene Anträge des Zentrums wünschten eine Erweiterung des Gesetzes. Der Berichterstatter stellte den Antrag, dem Gesetz in der Fassung des Verfassungsausschusses zustimmen zu wollen.

In der Beratung des Gesetzes betonte Abg. Wittmann (Ztr.), daß nach dem bisherigen Gesetz nur der Zweck, nicht der Stifterwille maßgebend gewesen sei und damit der Rahmen der kirchlichen Stiftungen sehr eingengt war. In der Form, wie uns das Gesetz heute vorliegt, bringt es begriffswerte Fortschritte. Zu begrüßen ist, daß unserm Antrage, der dem Stifterwillen mehr Geltung verleiht, entgegengekommen wurde.

Abg. Neumann (Nat.): Wir haben schon früher erklärt, daß wir zu einer Veränderung des Gesetzes bereit sind, haben aber betont, wir müßten darauf bestehen, daß an dem Grundgedanken des Gesetzes nichts geändert werde, daß also der Zweck und nicht der Stifterwille maßgebend sei. Wir haben uns gegen alle jene Bestimmungen gewandt, die einen Eingriff in die Schlichtheit des Staates bedeuten. Einschränkungen müßten wir machen bezüglich der Erziehungsanstalten. Weiterhin haben wir Stellung genommen gegen die Anträge, die den Staatseinfluß abzuwehren in der Lage gewesen wären; nicht einverstanden waren wir auch damit, daß das Gesetz rückwirkende Kraft bekommt hinsichtlich der Theologie-Studierenden. Einverstanden sind wir damit, daß wenn noch Härten in dem Gesetz zurückgeblieben sind, eine weitberzogene und wohlwollende Interpretation das mögliche tut, alle diese Härten zu mildern.

Abg. Marum (Soz.):

Das neue Stiftungsgesetz gehört in die Neugestaltung des politischen Lebens. Das neue Gesetz will Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche aus dem Wege räumen, die bisher geübt haben. Damit wird die Bahn freigemacht für wirkliche politische Kämpfe. Wir haben dem Gesetz gegenüber trotz einiger seiner Vorzüge erhebliche Bedenken nicht unterdrücken können. Erstausen mußte es uns, in wie weitgehendem Maße die Regierung den Wünschen des Zentrums und der Kirche entgegenkommt und uns bei unseren Wünschen, z. B. der Einführung der Verfallniswahl usw., mit schönen Worten vertritt. So haben wir nun doch nicht gewettet. Dieses Verhalten der Regierung stimmt uns bedenklich. Und wenn die Regierung betont, diese politischen Fragen der Neuorientierung könnten nur von einem Friedenslandtag entschieden werden, so darf man doch wohl auch von den kirchlichen Wünschen behaupten. Unsere Bedenken gegenüber dem neuen Gesetz konnten wir nicht gänzlich wegräumen. Einverstanden sind wir damit, daß der Begriff der kirchlichen Stiftung etwas weiter gefaßt wird, dagegen stehen wir auf dem Standpunkt, daß die soziale Fürsorge und die Wohlthätigkeit Aufgaben des Staates sind. Doch jetzt ist es eigentlich genug. Die Regierung muß es sich nun einmal sagen lassen, daß sie nicht nur kirchliche Wünsche erfüllen soll, sondern auch politische. Wir hoffen, daß dem nächsten Landtag auch politische Vorlagen gemacht werden und daß man ihnen auch von Ihrer Seite (zum Zentrum) das gleiche Entgegenkommen darbringt, wie das bei den kirchenpolitischen Vorlagen von allen Seiten geschieht.

Abg. Muser (Z. V.): Wir werden dem Gesetze zustimmen. Bedenken habe ich gegenüber der Stiftung zur Vergebung von Büchern; diese sollen nicht nur kirchliche, sondern auch weltliche sein. Der § 2 Absatz 2 wurde seinerzeit geschaffen, um die Ansammlung von großen Vermögen in der toten Hand zu verhindern. Aus diesem Grunde ist bei Stiftungen die Staatsgenehmigung vorgesehen. Ich schlage deshalb eine Entschließung vor, nach welcher die Regierung einem künftigen Landtag ein Gesetz vorlegen soll, in welchem klar und deutlich gesagt wird, wer nach dem Sinne des Stiftungsgesetzes als juristische Person angesehen werden kann, damit hier Klarheit geschaffen wird.

Abg. Bauschbach (N. Vgg.) stimmte dem Gesetze zu. Abg. Bügel (Zentr.) führte aus, daß es notwendig sei, die Opferwilligkeit zu heben, um die Kriegsmüde zu lindern. Kultusminister Dr. Hübsch dankte für die wohlwollende Beurteilung des Gesetzentwurfs. Wenn er diesem Landtag vorgelegt worden sei, so wäre das deshalb geschehen, weil schon vor 3 Jahren die Forderung zur Erfüllung dieser Wünsche gegeben wurde. Die Regierung geht von der Auffassung aus, daß nach den Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und angesichts der großen Anforderungen an den Staat auf die Wohlthätigkeit der Kirche nicht verzichtet werden kann.

Damit ist die Beratung geschlossen. Die im Artikel 2 eingeführte Ueberschlagsbestimmung, wonach die Staatsregierung ermächtigt ist, Stiftungen zur ausschließlichen Förderung des Stu-

diams der Theologie an die kirchlichen Verwaltungsorgane zurückzugeben, wurde mit 29 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz wurde darnach einstimmig angenommen. Die von dem Verfassungsausschuss vorgelegte Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Sie hat folgenden Wortlaut: „Die Zweite Kammer ersucht die Großh. Regierung, 1. Anordnung dahin zu treffen, daß die Abhör der Stiftungsbuchungen einer von der Verwaltungsbehörde unabhängigen Behörde übertragen werde, 2. dem Landtag von den erlassenen Anordnungen Mitteilung zu machen und eine Darstellung der Hochschul-, Bezirks- und Landesstiftungen und der bisherigen Verwendungen ihrer Ueberschüsse in den letzten fünf Jahren zu geben.“

**Nachtrag zum Staatsvoranschlag.**

Ramens des Haushaltungsausschusses berichtet Abg. Mohrhurst (Nat.) über die Hauptabteilung des Nachtrags zum Staatsvoranschlag betr. Ministerium des Kultus und Unterrichts. Der Berichterstatter begrüßte dabei besonders die der Universität Heidelberg gemachte Millionenerhöhung zur Errichtung eines orthopädischen Instituts.

Abg. Büttger (Soz.)

bemerkte zu der Forderung von 791 000 M. (für 1918 und 1919) zur Gewährung von Kriegszulagen an die Geistlichen aller Bekenntnisse, daß seine Fraktion dieser Forderung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen werde. Sie verkenne nicht, daß ein Bedürfnis vorliege, die Gehälter der Geistlichen aufzubessern, dies sei jedoch Sache der Kirchen. Erwünscht wäre es, wenn auch die Arbeitererschaft in dem Kuratorium des Heidelberger orthopädischen Instituts vertreten wäre. — Die Forderung betr. Zulagen an die Geistlichen wird mit großer Mehrheit angenommen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Büchel (Zentr.) über die Arbeitskräfte am Haushaltungsfeminar des Frauenvereins begrüßten die Abg. Göhning (Nat.) und Mast (Zentr.) die Wiederherstellung des durch Pfliegerangriff zerstörten anatomischen Instituts in Freiburg.

Der Nachtrag zum Voranschlag für das Ministerium des Kultus und Unterrichts wird hierauf einstimmig angenommen.

Um 1/8 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Mittwoch, 19. Juni, nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

\*

**Kurze Anfragen.** In der Zweiten Kammer sind gestern noch zwei weitere kurze Anfragen eingegangen und zwar eine von Mitgliedern der Zentrumsfraktion über die Getreideabkeferung und eine zweite von der Fraktion der Fortsch. Volkspartei, in welcher gefragt wird, ob die Preisnotiz richtig sei, daß infolge einer Erhöhung der Getreidepreise der Brotpreis um einige Pfennige hinaufgesetzt werden soll und welche Schritte die Regierung getan hat, um die durch nichts gerechtfertigte Verteuerung des Brotes hintanzuhalten.

**Eine kurze Anfrage über die Dienstzeit der Lokomotivbeamten.** In der Zweiten Kammer haben die Abg. Muser (Z. V.) und Gen. folgende kurze Anfrage eingebracht: „Ist der Großh. Regierung bekannt, daß Lokomotivbeamte im Güterzugdienst Dienstschichten haben, die eine Abwesenheit derselben vom Stationsort an 32 bis 36 Stunden erforderlich machen, ohne daß die Möglichkeit bestehe, die Mahlzeiten zu Haus einzunehmen, noch sich außerhalb desselben die genügende Nahrung zu verschaffen, insbesondere unter Berücksichtigung der Lasten, daß bei heißem Wetter die Gefahr besteht, daß mitgenommene Lebensmittel verderben und ungenießbar werden. Wie gedenkt die Regierung diesem dem Personal ebenso schädlichen wie für die Sicherheit des Verkehrs bedenklichen Uebelstand abzuwehren? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.“

**Baden.**

**Schwetzingen, 18. Juni.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurde einem von Karlsruhe auf der Fahrt nach Darmstadt befindlichen Reisenden von einem Beamten der Lebensmittelkontrolle der Koffer geöffnet. Man fand darin 30 Pfund fettes Schweinefleisch, welches für einen Hochzeitschmaus bestimmt war. Das Fleisch wurde natürlich beschlagnahmt.

**Eichtersheim b. Sinsheim, 19. Juni.** Gelegentlich eines Besuchs bei einem hiesigen Verwandten ist der 30jährige, in Karlsruhe wohnhafte Privatier Wilhelm Mad tödlich verunglückt. Beim Anfahren des Juges fiel er vom Trittbrett herab, wurde überfahren und sofort getötet.

**Neenbach (Schopfheim), 19. Juni.** Beim Spielen mit einer Pistole hat der Landwirt Johann W. Strütt seinen Kameraden Albert Baumgartner erschossen.

**Rehl, 18. Juni.** Eine hier wohnhafte Frau, die eine gemästete Gans im Gewicht von etwa dreizehn Pfund zu 120 M. verkauft hatte, wurde mit 20 M. bestraft.

**Weinheim, 18. Juni.** Die Polizei verhaftete einen Schwindler, der in Leutnantsuniform mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse auftrat und in einem hiesigen Hotel eine größere Rede hielt, ohne im Besitz irgend welcher Geldmittel zu sein. Es soll sich um einen Heiratsschwindler handeln, der von verschiedenen Behörden verfolgt wird.

**Stadt und Land.** In einer von den vereinigten Frommberg-einigungen Freiburgs einberufenen Versammlung sprach der Direktor des Bad. Bauernvereins Dr. Aengenheister in einem großzügigen Vortrag über das Verhältnis zwischen Stadt und Land. Dabei regte er die Errichtung von städtischen Wirtschaftskämtern nach dem Kriege an, welche die Aufgabe haben sollen, die Frage der Lebensmittelversorgung der Städte systematisch zu bearbeiten. Die Herkunft, Erzeugung und Verarbeitug der Nahrungsmittel sollten studiert und insbesondere die wirtschaftlichen Verhältnisse des sogenannten Hinterlandes fortlaufend eingehend untersucht werden. Das Wirtschaftskomitee der Mittelpunkt aller Bestrebungen zur Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Stadt und Land werden, und die Verbrauchserorganisationen in Beziehung bringen zu den Erzeugerorganisationen. Auf dem Lande sei ein ausgedehntes Netz von Vereinen und Genossenschaften, die wiederum zu großen Verbänden zusammengefaßt seien, in der Stadt aber fehle noch eine entsprechende Zentrale. Die Städte würden sich künftig um die Versorgung mit Lebensmitteln noch mehr kümmern und auch aktiv eingreifen müssen. Deshalb sei die Errichtung eines städtischen Wirtschaftsamtes nötig, das ähnlich auszustatten sei, wie die städtischen Gesundheits-Statistischen-Aemter und dergleichen.

**Brennverfahren für Obst.** Die Badische Obstverwaltung bringt in Erinnerung, daß Obst, Obsterzeugnisse aller Art und Rückstände von Obst gemehrsächlich zur Brauntweinherstellung nicht verwendet werden dürfen; ausgenommen sind solche Früchte, die sich zum Genuß im rohen Zustande eignen und bestimmlich in ihrem Erzeugungsgebiete ausschließlich zur Brauntweinherstellung verwendet werden (Brandfrüchte). Brauntweine, die in Kleinerezeufen oder der aus Obst, Obstweizen oder sonstigen Verarbeitungsmitteln oder Rückständen von Obst, rein oder gemischt, hergestellt sind, darf von Brenner nur an die Süddeutsche Spiritusindustrie Rindchen oder nach deren Weisungen abgesetzt werden.

**Ausbau der Hafenanlagen in Basel.**

Der Nationalrat der Schweiz hat einen Kredit von 2 250 000 Francs als Beitrag des Bundes an den Kanton Basel-Stadt zum Bau einer Hafenanlage auf dem rechten Rheinufer in Klein-Sünningen-Basel für die Rheinschiffahrt bewilligt. Bundesrat Ador erklärte, der Klein-Sünninger Hafen bedeute nur den ersten Schritt im Ausbau der Rheinschiffahrt. Die von verschiedenen Seiten aufgeworfene Frage der Schaffung eines Freihafens bei Basel verdiene alle Aufmerksamkeit des Bundesrates, da die Schweiz alles tun müsse, um die Rheinschiffahrt zu fördern.

**Kommunalpolitik.**

**Mietsteigerungen in Raftatt.**

Am 18. Juni. Vor einiger Zeit hielt der hiesige Grund- und Hausbesitzerverein seine diesjährige Generalversammlung ab in der u. a. Herr Rechtsanwalt Schmidt aus Heidelberg einen Vortrag hielt über „Mietminderungsamt und Mietpreiserhöhung“. Nach dem Vortrage gelangte folgende vom Vorstand ausgearbeitete Resolution einstimmig zur Annahme:

„Infolge der bevorstehenden Erhöhung der Steuer, Verteuerung des Lebensunterhaltes, Erhöhung der Bankzinsen, bedeutende Erhöhung der Reparaturkosten, die hohen Umlagegebühren, sehen sich die Hausbesitzer Raftatts veranlaßt, ihre Mieten zu erhöhen, und zwar so, daß jedem für sein im Haus investiertes Kapital eine reine Verzinsung von 6 Prozent verbleibt, nach vorheriger Abrechnung sämtlicher auf dem Haus lastender Ausgaben, einschließlich Verzinsung des eigenen Kapitals und nach erfolgter 1 Prozent-Abkürzung, sowie einem Durchschnittsbeitrag für Mietaufschlag. Eine höhere Mietsteigerung soll mit Rücksicht auf das bisherige gute Einvernehmen mit den Mietern nach Möglichkeit vermieden werden. Die Hausbesitzer erwarten von dem Gerichtspräsidenten der Raftatt, daß sie auf Grund vorstehender Gesichtspunkte einsehende Mietserhöhung aus wirtschaftlichen Gründen durchaus als gerechtfertigt ansehen und bitten auch die Zivil- und Militärbehörde, sowie das Mietminderungsamt, den hier festgelegten Grundbächen gegebenen Fall Rechnung tragen zu wollen.“

Nun kann ja auch für Raftatt die Mietpreiserhöhung allgemein losgehen. Inwiefern die angeführten Reparatur- und sonstigen Unkosten auf die Miete geschlagen werden, muß abgewartet werden, man kann sich aber an dem Vorgehen der organisierten Hausbesitzer anderer Städte bereits ein Beispiel nehmen und es scheint, daß die Raftatter Hausbesitzer im Rahmen auch nicht so engstirnig verfahren sind, was man schon daraus ersieht, daß von manchen Hausbesitzern bei Neuvermietungen der Mietpreis in ganz empfindlicher Weise erhöht worden ist; zweifellos ist bei diesen Neuvermietungen die in obiger Resolution angeführte Unkostenberechnung um ein ganz beträchtliches überschritten. Es sind Fälle bekannt, wo der Mietpreis von 15 auf 25 M. gesteigert worden ist. Auf alle Fälle werden die Hausbesitzer in ihrer großen Mehrheit die hier vorstehende Wohnungsmietpreiserhöhung bis aufs äußerste ausnützen, wenn nicht von anderer Seite ganz energische Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Zum Kleider- und Lebensmittelwucher gesellt sich nun auch noch der Mietpreiserhöhung; ein weiterer schöner Beitrag, der minderbemittelten Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern.

**Aus aller Welt.**

**Schaffsmuggel.** Die Gendarmerie in Bischofsheim beschlagnahmte, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Würzburg berichtet wird, über 800 Stück Schafe im Werte von 8000 Mark, die über die Landesgrenze geschmuggelt werden sollten. Die Tiere sind der Gendarmenverwaltung in Würzburg abgeliefert worden.

**Ein alter Bekannter.** In der „Breslauer Volkswacht“ lesen wir: Am 20. Mai feierte Strafanstaltsdirektor Wiltner vom Strafgefängnis in Breslau sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Da darf auch die „Volkswacht“ unter den Gratulanten nicht fehlen, denn alle ihre gegenwärtigen Redakteure haben zeitweise unter seiner Obhut auf der Ketschkauerstraße gelebt. Ebenso haben fast alle früheren Redakteure unseres Blattes die langen, harten Strafen, die von Breslauer Gerichten über sie verhängt wurden, unter Wiltners Gefängnisleitung „verbüßt“. Wiltner war Offizier und nahm infolge Erkrankung nach dem Feldzuge von 1870/71 seinen Abschied, um in den Strafanstaltsdienst überzutreten. Nach Breslau kam er am 1. Oktober 1893. Unsere Vorgänger schildern ihn als einen Bureaufreier, der bis oben hinauf zugeknöpft war, wie sein ehemaliger Waffenzug. In seinen Augen war der Presseländer eben ein Stiefkind, der beim Stiefvater und Wackelpfand sein Vermögen zu machen hatte. Aber das war in der Zeit kurz nach dem Sozialistenaufstand. Im Laufe der Jahre muß er sich dann gewandelt haben, denn wir Späteren haben ihn von einer besseren Seite kennen gelernt. In seine peinliche Korrektheit mischte er eine Art häuslichen Wohlwollens. Die Erleichterungen, die die Gefängnisordnung zuließ, wurden berechnungsvoll gewährt, und ab und zu gab es sogar eine kurze, freundliche Unterhaltung. Nur daß ein Redakteur im Gefängnis eine andere Zeitung als die „Schlesische“ lesen wollte, dünkte ihm ganz unbegreiflich und als der Gipfel des Unzulässigen. Das gestattete er nicht.

Wenn man sich bei der heutigen Kriegserneuerung auch bedachte nach den „Fleischschöpfen der Ketschkauerstraße“ zurückzublicken kann, so wollen wir doch hoffen, daß unter veränderten politischen Verhältnissen die Beziehungen zwischen der „Volkswacht“ und dem Hause des Herrn Wiltner möglichst für immer abgebrochen bleiben. Im übrigen wünschen auch wir dem Jubilar alles Gute. Augenblicklich steht Rosa Lugemburg, die während des Krieges in Schutzhaft genommen wurde, unter seiner Obhut. Wir wollen hoffen, daß sie dort die Behandlung und die Freiheit genießt, die kriegerischen Offiziere gewöhnt zu werden pflegen.

**Wohnungsfürsorge in Mannheim.** Der Stadtrat von Mannheim hat beschlossen, daß die Stadtgemeinde für Darlehen auf 2 Hypotheken innerhalb 80 Prozent des amtlichen Schätzungsmerkes zum Bau von Kleinwohnungen bis zum Höchstbetrage von 2 Millionen Mark die Bürgschaft und Ausfallgarantie übernimmt. Der Schätzungsmerk der beliebigen Grundstücke soll 100 000 M. bei Grundstücken, die eine besonders gute Bedung bieten, 120 000 Mark nicht überschreiten. Für die vom 1. Juli 1918—1920 erstellten Neubauten mit Kleinwohnungen werden auf Antrag des Hauseigentümers diesem die Straßenbau- und Unterhaltungskosten mit Ausnahme der Kosten des Geländes, sowie die Gehwegkosten nachgelassen.

**Aus der Stadt.**

\* Raftatt, 19. Juni.

**Zeit der Wucherer!** In der Zeit, wo Erdbeeren, Kirschchen und gewisse Gemüsesorten vom Markt verschwinden und hintenherum zu höchsten Preisen verkauft werden, sei an folgende Paragrafen erinnert, die mit dem 1. Juni in Kraft getreten sind:

1. Wegen übermäßiger Preissteigerung wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft: wer Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, in der Absicht zurückhält, durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen;

2. wegen Höchstpreisüberschreitung wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft: wer vorzüglich höhere Preise als die Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, fordert oder sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt.

Bevor nicht in jeder Stadt Dutzende von Schleißhändlern und Wucherern durch Anzeige der gerichtlichen Verstrafung zugeführt und gehörig bestraft worden sind, wird der Wucher und die Schleißerei kein Ende nehmen!

**Feststellung der Ernteschäden.** Wie aus der Bekanntmachung des Bürgermeisters vom 17. Juni hervorgeht, wird die Frist für die Anmeldung der Ernteschäden bis 22. Juni verlängert. Wer auch jetzt noch nicht seine Meldung erstattet, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben; bekanntlich ist für unvollständige oder nicht rechtzeitige Meldung Verstrafung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark angedroht. Damit die geplante Regelung der Lebensmittelversorgung für das Erntejahr 1918/19 durchgeführt werden kann, muß das Ergebnis der Erhebung rechtzeitig vorliegen und dazu ist nötig, daß jedermann seine Meldung rechtzeitig erstattet.

**Reichsbund der Kriegsbefähigten und ehem. Kriegsteilnehmer.** Die hiesige Ortsgruppe hielt am Donnerstag abend den 13. d. Mts. im Vereinslokal zum „Goldenen Adler“ seine Monatsversammlung, verbunden mit einem Vortrag des Herrn Oberpostsekretärs Ricklas über „Kriegserneuerungen“ ab, welche sehr stark besucht war. Besonderen Wert legte der Redner darauf, daß mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden müsse, um die jetzt bestehende Wohnungsnot zu beseitigen und Maßnahmen zu treffen, daß den Kriegsteilnehmern, die für das Vaterland gekämpft und geblutet, die heimatische Scholle verbleibe. In der Aussprache wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß alle Kriegsbefähigten sich unter ihrem Bunde anschließen, weil nur eine starke Organisation berechtigter Interessen wahren könne. Die Ortsgruppe ist Mitglied des „Bundes Deutscher Bodenreformer“. Anmeldungen zur Ortsgruppe wollen an Herrn Heinrich Kühner, Eisenweinst. 28, gerichtet werden, der auch zur weiteren Auskunft bereit ist.

**Die Lebensmittelverteilung dieser Woche** bringt nach langer Zeit wieder einmal Speiseöl und zwar 1/2 Liter gegen die Haushaltsmarkte A Nr. 8 und 1/2 Liter gegen die Haushaltsmarkte B Nr. 8. Außerdem gibt es wieder Kaffee-Erbsen, ferner Graupengröße, Kochfertige Suppen, Marmelade, Zucker und die anderen regelmäßig verteilten Waren. Für Fett ist eine Neuverteilung eingetreten; es soll von jetzt ab Tafelbutter zum Preise von 3.— M. für das Pfund und Landbutter zum Preise von 2.80 M. für das Pfund getrennt ausgegeben werden. Es wird damit abgewechselt, so daß die Geschäfte, die jetzt Landbutter erhalten, späterhin Tafelbutter bekommen sollen, soweit dies möglich ist. Beliefert werden in dieser Woche die Fettverteilungsstellen Nr. 1—200, wobei die Inhaber von F. Marken (das sind im Wesentlichen Militärpersonen) und die Kunden der Fettverteilungsstellen Nr. 5—50, 66—100 und 127—200 Tafelbutter erhalten; die eingetragenen Kunden der übrigen Geschäfte, also Nr. 3 und 4, 51—65 und 101—126 erhalten dieses Mal nur Landbutter. Dörrobst, Dörrengemüse und Sauerkraut können auch weiterhin marktfrei gekauft werden. — In der Woche vom 24.—30. Juni wird der Einmachguder ausgegeben; die Kompense für diesen beträgt 5 Pfd. Die Personen, welche die Bewilligung von Einmachguder nachträglich beantragt haben (also namentlich einsehende Personen und Anstalten) erhalten die Einmachgudermarkte rechtzeitig vor der Verteilung, soweit ihnen nicht eine schriftliche Ablehnung zugegangen ist.

**Zwei Einbrecher festgenommen.** Der Stuttgarter Polizeibericht meldet: Am 14. Juni hat die Kriminalpolizei den fahnenflüchtigen Gottlieb Eberich von Karlsruhe und den Tagelöhner Bruno Schottmüller von Schluttenbach hier festgenommen. Beide gefährliche Verbrecher haben in letzter Zeit in der Umgebung von Karlsruhe Einbruchdiebstähle verübt und in Wursbach eine Kuh aus dem Stalle gestohlen und sind nach Stuttgart geflohen, um dort Unterschlupf zu suchen.

**Kostenlose und bezugsfreie Abgabe von Röhrgarn.** Die Reichel-Anbau-Gesellschaft gibt allen Sammlern von Brennestein, die 10 Kilo trodener Stengel durch den Vertrauensmann der Gesellschaft abliefern, außer dem Sammellohn ein Bidel schwarzes oder weißes Röhrgarn aus Brennesteinmüllergarn, und zwar einestheils, um damit zu fleißigem Sammeln anzuregen, andererseits, um zu zeigen, wach vorzügliche Garn aus der Brennesteinfaser genommen wird. Es liegt deshalb in Jedermanns Interesse, die wertvolle Faserpflanze zu sammeln und vor unbedachter Vernichtung — dies gilt besonders für die Zeit der Heuernte — zu schützen. Jeder fördere das vaterländische Werk der Brennesteinsammlung und führe die Sammelergeb-

nisse — vielleicht lagern noch solche aus dem Vorjahre — der Sammelstelle zu, wende sich gegebenenfalls unmittelbar an die Reichel-Anbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, um Auskunft.

**Reisbühnen-Theater, Waldstraße.** Die Welt nur eine Stimmung, betitelt sich der Film, welcher vom Mittwoch bis einseht Freitag gezeigt wird; fesselnd die Mission einer Liebe in fünf Akten mit Leonté Kühnberg vom Deutschen Theater in Berlin und Actur von Somlay vom National-Theater in Budapest in den Hauptrollen. „Er soll dein Herr sein“, die Geschichte eines Pantoffelhelden in drei Akten, komisch inszeniert von Herbert Paulwüller. — „Niem, die Hauptstadt von Ukraine“, ist eine aktuelle Ausgabe des W. S. und Filmamt Berlin. — Ab Samstag, 22. Juni Maria Carmi Vollmüller, ein langentsehener Gast in dem Schauspiel „Wenn die Sonne sinkt“.

**Luzeum Lichtspiele (Luis), Kaiserstraße 168.** Auf dem neuen Programm ab heute bis einseht Freitag steht das große Filmwerk „Blauwe Dame“, ein Schauspiel in vier Akten frei nach Büchners Bearbeitung von Rudolf Kurz, in den Hauptrollen Alexander Moissi, Johanna Terwin, Eduard von Winterstein und Ernst Bischoff. Rita Clermont sieht man in ihrem neuesten dreiatigen Lustspiel „Schokoladenbräute“.

**Zur Obstversorgung**

schreibt die Geschäftsstelle der Badischen Obstverwaltung:

In der Bevölkerung und in den Zeitungen wird begreiflicherweise zurzeit viel über die ungenügende Versorgung mit Kirschchen gesprochen. In erster Linie wird die Obstversorgung dafür verantwortlich gemacht, als ob die Obstverwaltung in der Lage wäre, das, was uns die Natur leider in diesem Jahre nicht in so reichem Maße beschert hat, durch eigene Maßnahmen ersetzen zu können. Es gibt in diesem Jahre nur eine sehr geringe Kirschenernte; und wenn es nur 80 000 Zentner Kirschchen gibt, dann kann man damit nicht zwei Millionen Köpfe je mit 50 Pfund Kirschchen versehen, wie es sich diese wünschen.

Die mit der Obstverwaltung betraute staatliche Behörde hat demnach angeordnet, daß, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Kirschenernte auf die Bevölkerung zu fördern, der private Kirschenerwerb unterbleiben soll. Nun liegen aber zwei Wünsche fest in der Brust jeder einzelnen Hausfrau. Der eine Wunsch geht dahin, daß ihr gestattet sein möchte, 20—50 Pfund Kirschchen sich kaufen zu lassen, wobei sie gerne bereit wäre, auch erheblich über den Höchstpreis zu bezahlen, um die Kirschchen nur zu bekommen.

Würde man diesem Wunsch durch entsprechende Verordnung Rechnung tragen, so würde zwar eine beschränkte Anzahl Familien große Mengen Kirschchen zu erhöhten Preisen bekommen, wiewohl der größte Teil der Bevölkerung belüme aber nichts, weil die Bestimmungen wegen Mangel an Ware größtenteils nicht erfüllt werden könnten, die offiziellen Käufer der Obstverwaltung könnten überhaupt keine Kirschchen erhalten, da sie nicht wie die privaten Käufer die Höchstpreise überschreiten können; insoweit würden auch die Stadtverwaltungen keine Kirschchen zur Verteilung erhalten und auf dem Markt würden selbstverständlich auch keine Kirschchen erscheinen können. Allerdings wären die wenigen Familien, die auf diese Weise größere Mengen von Kirschchen erlangt hätten, zufrieden gestellt, aber bei der großen Masse der anderen würde, sobald sie leer ausgehen, der zweite Wunsch die Oberhand bekommen, daß man eigentümliche Bewandlungen nicht dulden, sondern alles Obst möglichst gleichmäßig erfassen und an die Bevölkerung verteilen soll, weil es jetzt in der Kriegszeit ein Unrecht sei, daß man zulasse, daß eine Anzahl besonders leistungsfähiger Familien den anderen alles Obst wegknappe.

Die Behörde hat nun, wie oben gesagt, dem letzteren zweifellos allgemeineren und berechtigteren Wunsch Rechnung getragen. Das Obst wird von der Obstverwaltung erfährt und an die städt. Verwaltungen des Landes geleitet. Sie hat bereits Anfang Mai die städtischen Behörden auf die sehr geringe Ernte aufmerksam gemacht und ihnen empfohlen, rechtzeitig Maßnahmen zu einer möglichst gleichmäßigen Verteilung (Rationierung) zu treffen.

Einige Städte haben das getan, andere sind im Begriff, die Rationierung einzuführen. Die Rationierung begegnet zwar ebenfalls erheblichen Schwierigkeiten, aber sie wird doch unter der Bevölkerung als gerechte Maßnahme bessere Befriedigung schaffen. Wenn auch im Wege der Rationierung nicht jede Familie die erwünschte Menge an Erdbeeren und Kirschchen und Heidelbeeren usw. bekommen kann, weil eben nicht genügend von jeder Fruchtart im ganzen zu verteilen ist, so wird aber doch jede Familie einen Verhältnissen entsprechenden Menge Obst (Erdbeeren oder Kirschchen oder Heidelbeeren usw.) zum Einmachen auf diese Weise mit Sicherheit auf ihren Ausweis (Lebensmittellkarte oder Marke) erhalten. Ist die Marke um und haben alle ihre erste Ration erhalten, so kann das Bezugsrecht für eine zweite Ration eröffnet werden. Es besteht dabei die sehr gute Aussicht, daß jene, die nach ihrem Wunsche nicht Erdbeeren oder Kirschchen in genügender Menge bekommen konnten, ihren Anteil frühzeitigsten Anfang August erhalten werden, von denen eine größere Ernte in Aussicht steht.

Die Bevölkerung hat dabei den großen Vorteil, daß sie das Obst tatsächlich zu den festgesetzten Höchstpreisen erhält, während bei jeder Freigabe, wie es der Vorgang in benachbarten Städten anderer Bundesstaaten, z. B. Frankfurt, leicht jedem vor Augen führt, das Obst, das das Zwei- und Dreifache des hiesigen Preises kostet und auf dem Markt trotzdem nicht erscheint. Es ist aber beinahe zur Gewohnheit geworden, für den Mangel an Obst schließlich die Obstverwaltung verantwortlich zu machen und dabei ist es recht wenigen Leuten bekannt, daß, wenn die Obstversorgung in Baden nicht bestünde, keine Sperrung der Ausfuhr stattfinden könnte und den gesamten deutschen Städteverteilern und Händlern es erlaubt werden müßte, Obst in Baden für ihre Gebiete aufzukaufen. Daß also bei den sehr viel höheren Preisen des Obstes anderwärts die badische Bevölkerung ein wenig angenehmes Zufehen haben würde, wie alles Obst auf dem Lande geht, liegt auf der Hand.

**Gerichtszeitung.**

**Diebstähle.** Wegen eines Diebstahls von sechs Sämnern an einem Hahn muß der Hilfsarbeiter Hermann Müller aus Raftatt auf 2 Jahre ins Zuchthaus wandern. Der Diebstahl wurde unter erschwerten Umständen ausgeführt. — Wegen Wärschdiebstahls erhielt von der Freiburger Strafkammer die 33jährige Auguste Schaller aus Raftatt, eine gerichtsbekanntes Diebin, 1 1/2 Jahre Zuchthaus.

**Der Rkestungsprozess Philipp.** Vor dem Oberkriegsgericht des 18. Armeekorps in Frankfurt a. M. wurde in der Verhandlung gegen den Hauptmann d. L. Philipp vom Pionier-Regiment 9 in Mainz wegen passiver Bestechung verhandelt.

Philipp bezeugt...  
gramm...  
St...  
Die...  
F...  
E...  
A...  
Le...  
Die...  
Er...  
Kiev...  
Heraus...  
St...  
Für Fran...  
bis 1...  
Sam...  
Für Perre...  
9 1/2...  
nach...  
8-9

Philippi war vom Kriegsgericht in Mainz zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Es wurden über 40 Zeugen und viele Sachverständige vernommen. Die Brüder des Angeklagten, Inhaber der Maschinenfabrik Wiesbaden, waren vor einiger Zeit von der Anklage wegen aktiver Vespionage und Preiswuchers freigesprochen worden, weil die Zweckbestimmung der von ihnen gezahlten Provision nicht nachzuweisen war. Die Lieferungen der Fabrik an die Armee bis zur Verhaftung des Hauptmanns Philippi beliefen sich auf 16 Millionen Mark. Vom Mainzer Kriegsgericht wurden außer dem Hauptmann Philippi 18 Mann vom Pionier-Geerespart wegen passiver Vespionage verurteilt. Ein Unteroffizier, bei dem sich die Vespionagegelder auf 200 000 Mk. beliefen, bekam 2 Jahre 3 Monate Gefängnis. Die jetzige Berufungsverhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach mehrwöchiger Verhandlung entschied das Oberkriegsgericht dahin, daß die Verurteilung des Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis aufrecht erhalten bleibt. Auf Berufung des Gerichtsherrn wurde auch noch die Entfernung aus dem Heere erkannt.

### Letzte Nachrichten.

Die Minen im Kattegat.  
 Berlin, 18. Juni. (Amtlich.) Nach einem Telegramm aus Stockholm hat der englische Gesandte

in Stockholm über Minen im Kattegat folgende Erklärung abgegeben: Englische Minen sind im April ds. Js. zur Verteidigung gegen feindliche U-Boote im Kattegat ausgelegt worden, aber in einer Tiefe von mindestens 35 Fuß, so daß sie für gewöhnliche Handelschiffe keine Gefahr bilden. Andererseits ist zur Kenntnis der englischen Seebefehle gekommen, daß vom 12. bis 15. Mai ein deutscher kleiner Kreuzer von U-Booten begleitet östlich von Skagen operierte und offenbar Minen ausgelegt hat. Die britischen Marinebehörden wünschen ausdrücklich festzustellen, daß keine britische Minen in schwedischen Hoheitsgewässern ausgelegt worden sind. Hierzu wird amtlich festgestellt: Erstens: Nachdem bekannt geworden war, daß die Engländer den Versuch gemacht hatten, das Kattegat durch Minen zu sperren, haben wir uns zu entsprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen gesehen. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen wurde Mitte Mai begonnen, um den Engländern weitere Maßnahmen gegen unsere Kriegsführung unmöglich zu machen. Hierbei ist auf neutrale Hoheitsgewässer peinlichst Rücksicht genommen worden. Zweitens: Von der schwedischen Regierung sind bereits im April Minen innerhalb ihrer Hoheitsgewässer gefunden worden. Von schwedischer Seite ist festgestellt worden, daß es sich um englische Minen handelt. Diesen Minen sind mehrere schwedische Fahrzeuge zum Opfer gefallen, wobei auch Menschenleben zu beklagen waren. Drittens: Die Erklärung des englischen Gesandten, daß die Engländer keine

Minen in neutralen Hoheitsgewässern gelegt haben und daß sie beim Auslegen der Minen auf die Handelschiffahrt Rücksicht genommen haben, entspricht daher nicht den Tatsachen.

### Briefkasten der Redaktion.

F. 40. Mannschaften außer Verpflegung haben keinen Anspruch auf Brot. Wegen der anderen Sache werde ich mich erkundigen. Gruß K.  
 J. S. S. Sie müssen uns mitteilen, um was für Strafen es sich handelte. Vorwerfen brauchen Sie sich dieselbe aber auf keinen Fall lassen.  
 Gefr. D. Wegen des Verwundetenabzeichens müssen Sie sich an Ihre Kompanie wenden.  
 Matr. B. Lissau. Ohne weitere nähere Angaben können wir Ihnen keinen Rat geben. Wegen einer Strafe können Sie jedoch auf alle Fälle erst Beschwerde erheben, wenn Sie sie abgelehrt haben.

### Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel 2,63 Meter, gest. 63 Zentimeter; Keßl 8,19 Meter, gest. 81 Zentimeter; Mayau 4,30 Meter, gest. 15 Zentimeter; Mannheim 3,22 Meter, gest. 22 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Reuber, für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Städtisches Konzerthaus.**  
 Mittwoch, den 19. Juni 1918, 1/8 Uhr 3853  
**Die Rose von Stambul.**

**LUXUM Lichtspiele**  
 Kaiserstraße 168. Telefon 3985.  
 Mittwoch-Freitag.  
 Das große Filmwerk  
**„Pique Dame“**  
 Schauspiel in 4 Akten.  
 Frei nach Puschk in bearbeitet von Rudolf Strauss  
 Hauptdarsteller: 3859  
 Alexander Moissi, Johanna Terwin,  
 Eduard von Winterstein, Ernst Pitschau.  
 Rita Clermont in dem Lustspiel  
**Schokoladenbräute**  
 3 Akte  
 Anfang tägl. 3 Uhr. Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

**Palast-Theater**  
 Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11  
 Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.  
 Auf vielseitigen Wunsch bis einschl. Freitag verlängert.  
**Fortsetzung:**  
 Der große Aufklärungsfilm zur Bekämpfung  
**der Geschlechtskrankheiten**  
 Aus einer Schrift  
**Es werde Licht II. Teil**  
 5 Akte! 5 Akte:  
 mit Unterstützung der Ärztlichen Gesellschaft für  
 Sexual-Wissenschaft Berlin, unter Mithilfe von  
**Dr. Iwan Bloch.**  
 in den Hauptrollen:  
**Bernd Aldor, Theodor Loos und Eva Speyer.**  
 Regie: Richard Oswald. 3867  
 Ferner:  
**Wanda Treumann**  
 in ihrem neuen Lustspiel  
**Wandas Trick**  
 Lustspiel in 3 Akten.  
 Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

**Achtung!**  
 Für Schuhkurse und Hausschuhmacherei  
 empfehle mein reichsortiertes Lager in 3855  
**fämtlichen einschlägigen Artikeln**  
 wie Leisten, gerade und ungerade, mit und ohne  
 Eisenbeschlag, Brand- und Lauffohlen, Kappen,  
 Nägel, Holzabfälle usw.  
**A. Eisner,**  
 70 Kaiserstraße 70.

**Residenz-Theater**  
**Waldstrasse**  
 Mittwoch bis einschl. Freitag.  
**Leontine Kühnberg**  
 in  
**Die Welt nur eine Stimmung**  
 Illusion einer Liebe in 3 Akten.  
**Er soll Dein Herr sein.**  
 Lustspiel 3860  
 Herausgegeben vom Bild- und Film-Amt Berlin.

**Email-Geschirre**  
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 3852  
**Gefährer-Reparaturanstalt** Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.  
**Preuß.-Südd. Klassenlotterie**  
 Die Auszahlung der Gewinne, auch des Hauptgewinns erfolgt sofort in bar oder gegen Umtausch neuer Lose, die den Spielern reserviert sind. 3868  
 5 Ziehungen mit 214 000 Gewinnen und 2 Prämien von über 72 Millionen Mark  
 Erneuerungs- und 1/5 1/4 1/2 1/1  
 Klassen I. Klasse kosten 5 Mk. 10 Mk. 20 Mk. 40 Mk.  
 Lose zu allen Klassen 25 Mk. 50 Mk. 100 Mk. 200 Mk.  
 Ziehung I. Klasse 8. und 9. Januar 1918  
 Lose in großer Auswahl vorrätig bei  
**Großh. Badischen Loterie-Gewinnverwalter**  
**Pecher,** Zirkel 30, Gewerbe- und Vor-schussbank, gegenüb. d. Bad. Presse

**Neueste Kriegskarte.**  
 Allgemeine Frontkarte des W.T.B., Ausgabe 1918  
 umfassend die Fronten Neuport (Nordsee) bis Velfort, Gardafec-Blawe (Italien), Rußland, Ukraine (hier ist die Linie eingezeichnet bis zu welcher unsere Truppen vorgezogen waren, sowie die im Friedensvertrag festgelegte Grenzlinie), und Kleinasien. Diese Karte hat den Vorzug, daß die letzten Stellungen durch eine kräftige rote Linie markiert sind und es so ermöglicht, jede Frontveränderung auf Grund der Tagesberichte einzuzichnen.  
 Der Preis von Mk. 1.— ist äußerst billig (Porto 10 Pfg.)  
**Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.**

**Blusen, Untertailen, Kleider u. Unterröcke**  
 Reiche Auswahl in Damenkleidern  
 gute Schmitze. Sehr preiswert, empfehlen 3856  
**Geschwister Baer, Blusen- und Wäsche-Haus.**  
 Waldstr. 49. Telefon 579.

**Billige Leisten**  
 Größe 42-47 beschl. 1 Mt. unbesch. 80 Pfg. das Paar, Glättleisten 3. Strumpfleisten das Stück 50 Pfg., so lange Vorrat reicht.  
 Gutführende Schuhstücke für Haus- und Straßenschuhe Preis 40 Pfg.  
 Alles Schuhmaterial für Schuhmacher.  
 Starke Arbeiter- u. Kinderstiefel für Kinderbemittele sind beim  
**Bad. Frauenverein**  
 Schuhfabrik Waldstraße 13 zu haben. 3824  
**Arbeiter(innen) gesucht.**

**Antogen-Schweißer und Schweißerinnen**  
 gesucht für dauernde Beschäftigung. 3811  
**A. Beierle,**  
 Eisen- und Metallkonstruktionswerke  
**Freiburg i. B.**

**Bitt-Gesuche**  
 aller Art, an Militär und andere Behörden, sveds Urkauf, Mietsverleihung usw. fertigt bekannte Schriftstellerin, welche die glänzendsten Erfolge aufzuweisen hat. gegen mäßigen Preis. 3844  
 Frau Ida Baumann, Schriftstellerin  
 Mühlstraße 6, part.

**Tafelhörner**  
 auch reparaturbedürftig, lauft An- u. Verkauf, geschäft, 3707  
**Levy,**  
 Markgrafenstraße 22.

**Bretter,**  
 Eschen und Tannen, 24 mm stark, Dachlatten, Rahmenschenkel 6:6, verl. auch kleine Quantum, ebenso  
**Nachtsische**  
 mußbaum noch nicht poliert  
**Hobelbank**  
 Hobel, Schraubzwingen.  
**P. Feederle,** Offenweinerstraße 31.  
**Betten!**  
 Neu hergerichtet gute Betten einzeln und gleiche billig zu verkaufen.  
 Möbellager  
**Köhler,** Schützenstraße 25, 3811  
 Ich suche zur Hilfe im Haushalt, für einige Stunden täglich, eine pünktliche  
**Frau**  
 event. bei voller Verpflegung.  
**Frau Wilh. Stober,**  
 Müllersstraße 13, 1. 3866

**Städtisches Vierordtbad.**  
**Große Schwimmhalle.**  
 Für Frauen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 3-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags, sowie Freitags abends 6-8 1/2 Uhr  
 Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 1/8 bis 9 Uhr und 11-1 Uhr, nachmittags 1/2-3 Uhr, Freitags nachmittags 1/2 bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags 3-9 1/2 Uhr. Sonntags geschlossen. 2132  
 Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

**Eine Frau**  
 zum Waschen und Bügeln für wöchentlich 1-2 Tage gesucht.  
**Frau Wilh. Stober,**  
 Müllersstraße 13, 1.

**Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas,**  
 werden fortwährend angekauft in Weintraub 3568  
 An- und Verkaufsgeschäft  
**Kronenstraße 52. Tel. 3747**

# Bekanntmachung.

## Die Ersatzwahl zur II. Kammer der Ständeversammlung für den 43. Wahlkreis betr.

Zu der am

**Donnerstag, den 27. Juni 1918**

stattfindenden Ersatzwahl eines Abgeordneten zur II. Kammer der Ständeversammlung für den 43. Wahlkreis (Karlsruhe-Stadt III) für den durch Tod ausgeschiedenen Abgeordneten, Redakteur und Stadtrat Wilhelm Kolb, laden wir die Wahlberechtigten hiemit ein.

Die Wahlhandlung beginnt um 11 Uhr vormittags und wird um 8 Uhr abends geschlossen. Nach 8 Uhr darf kein Stimmzettel mehr angenommen werden.

Das Wahlrecht kann nur in Person durch Stimmzettel, die keine Unterschrift tragen dürfen, ausgeübt werden und zwar nur von solchen Personen, welche in die Wählerliste eingetragen sind. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl teilnehmen.

Die Stimmzettel müssen von weissem, mittelstarkem Schreibpapier, ohne Kennzeichen und etwa 9 zu 12 cm groß sein. Sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen desjenigen, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Verbrieflichung zu versehen und in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, nimmt von einer durch den Wahlvorsteher dazu bestellten Person einen abgestempelten Umschlag an sich. Er begibt sich sodann in einen bereitgestellten Nebenraum, wo er seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag steckt, tritt an den Tisch der Wahlkommission, nennt zuerst seine Wohnung und dann seinen Namen (im Vorort Grünwinkel zuerst den Namen und dann die Wohnung).

Ist sein Name in der Wählerliste gefunden, so übergibt der Wähler den Umschlag mit dem darin befindlichen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort ungedrückt in die Wahlurne legt.

Wähler, welche durch körperliche Gebrochen gehindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, können sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, welche die Wähler nicht in dem abgestempelten oder in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollen, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel solcher Wähler, die sich nicht in den Nebenraum begeben hatten.

Die Wahlberechtigten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihr Wahlrecht nur in dem Bezirk ausüben können, in dessen Wählerliste sie eingetragen sind.

Die Einteilung des 43. Wahlkreises (Karlsruhe-Stadt III) im Wahlbezirk, die für die einzelnen Wahlbezirke in Betracht kommenden Wahllokale und Wahlkommissionen sind aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich.

Wahlbezirk	Straßen bezw. Straßenteile	Wahllokal	Wahlkommission
1	Burgauweg, Daglander Str., Fabrikstr., Fliederstr., Grabenstr., Hardtstr., Hochbahnstr., Honellstr., Knieleinger Str., Kornweg, Lameystr., Leichenstr., Lindenplatz, Marktstr., Mühlstr., Neureuther Str., Nordbendenstr., Rheinstr. (ungerade Seite Nr. 51 bis Schluß, gerade Seite Nr. 52 bis Schluß (Sternstr., Südbendenstr., Uferstr. (nördliche und südliche), Uferweg, Wattstr., Werftstr., Schiffe im Rheinhafen	Schulhaus Hardtstr. 1 (Mühlburg-Schule) Zimmer 4, Erdgesch.	Eichhorn Herm., Stadtverordneter, Vorsteher. Fries Wilh. Jol., Schreibgehilfe, Protokollführer. Def. Karl, Schneidermeister. Lehmann Reinhold, Metzger. Schefel Johann, Wirt. } Beisitzer.
2	Bachstr. (gerade Seite Nr. 52 bis Schluß), Geißelstraße, Glümerstr., Gneisenaustr., Kanonierstr., Rärcherstr., Moltkestr., Nr. 6b, 8 und 137, Ruitstr., Rheinstr. (ungerade Seite Nr. 1 bis mit 49a, gerade Seite Nr. 2 bis mit 50a), Sedanstr., Sotienstraße (ungerade Seite Nr. 183 bis Schluß, gerade Seite Nr. 182 bis Schluß), Stöfferstr.	Schulhaus Hardtstr. 1 (Mühlburg-Schule) Zimmer 5, Erdgesch.	Häber Karl, Stadtverordneter, Vorsteher. Kahn Wolf, Kaufmann, Protokollführer. Feilich Peter, Wirt. Voos Erhard, Schneidermeister. Stolz Hermann, Wirt. } Beisitzer.
3	Bachstr. (ungerade Seite Nr. 25 bis Schluß, gerade Seite Nr. 26 bis mit 50), Brahmstr., Gnadstr., Kaiserallee (ungerade Seite Nr. 33 bis Schluß, gerade Seite Nr. 50 bis Schluß), Kallimodastr., Maxaustr. 21 bis Schluß, Peter- und Paul-Platz, Philippstr., Schumannstr.	Schulhaus Sotienstr. 147 (Leßing-Schule) Turnhalle.	Mees Peter, Stadtverordneter, Vorsteher. Feilich Karl, Büroassistent, Protokollführer. Meiser Gustav, Architekt. Richter Ernst, Schneider. Schilling Friedrich, Friseur. } Beisitzer.
4	Gabelsbergerstr., Körnerstr., Kellenstr., Uhländstr., Vorstr. (ungerade Seite Nr. 1 bis mit 17, gerade Seite Nr. 2 bis mit 18)	Schulhaus Sotienstr. 147 (Leßing-Schule) Turnhalle.	Doncker Wilhelm, Stadtverordn., Vorsteher. Bobfeld August, Stadtschreiner, Protokollführer. Pippelt Ernst, Schneidermeister. Schaaf Nikolaus, Kaufmann. Seeger Karl, Bäckermeister. } Beisitzer.
5	Draisstr., Goethestr., Gutenbergstr., Kaiserallee (ungerade Seite Nr. 5 bis mit 31), Mondstr., Schillerstr.	Schulhaus Kaiserallee 6 (Derrleischule) Zimmer 6, Erdgesch.	Weiland Ernst, Stadtverordneter, Vorsteher. Baumgärtner Robert, Stadtschreiner, Protokollführer. Jäger Josef, Uhrmachermeister. Neumaier, Josef, Kaufmann. Waldbauer Konrad, „ } Beisitzer.
6	Scheffelstr. Sotienstr. (ungerade Seite Nr. 59 bis mit 181a, gerade Seite Nr. 74 bis mit 180)	Schulhaus Sotienstr. 147 (Leßing-Schule) Turnhalle.	Ebbede Gustav Jg., Stadtverordn., Vorsteher. Dimpfel August, Stadtschreiner, Protokollführer. Burger Joh. M., Buchdruckerbes. Feilich Julius, Malermeister. Wolf Philipp, Baumaterialienhändler. } Beisitzer.
7	Arbeitsstr., Bannwaldallee, Buchenweg, Geranienstraße, Grenzstr., Griesbachstr., Grünwinklerstr., Herderstr., Heustr., Kesslerstr., Lagerstr., Leßingstr. (ungerade Seite Nr. 1 bis mit 45, gerade Seite Nr. 2 bis mit 72), Pfiststr., Rohnstr., Schotterstr., Siemensstr., Weibachhof, Vorstr. (ungerade Seite Nr. 19 bis Weindrennerstraße, gerade Seite Nr. 20 bis Biegelstr.	Schulhaus Sotienstr. 147 (Leßing-Schule) Turnhalle.	Luh Moriz, Stadtverordneter, Vorsteher. Stefel Josef, Hallenmeister, Protokollführer. Freigebuh Emil, Verh.-Beamter. Hesselshewdt Karl, Schuhmacher. Landes Philipp, Wirt. } Beisitzer.
8	Stadtteil Grünwinkel	Ehemaliges Rathaus (Gemeindefekret.) Durmersheimer-Str. 41	Richmayer Friedrich, Stadtverordn., Vorsteher. Wagner Florian, Gemeindefekret., Protokollführer. Meißner Adolf, Bäckermeister. Schäfer Johannes, Maurermeister. Speckert Lorenz, Gastwirt. } Beisitzer.
9	Stadtteil Daglanden. Uferstr., Hammstr., Hammweg, Hordstr., Kastanienwirthstr., Kirchstr., Krämerstr., Langenaderstr., Pfalzstr. (ungerade Seite Nr. 9 bis Schluß, gerade Seite Nr. 8 bis Schluß), Rappenwirthstr., Römerstr., Salmenstr., Schifferstr., Turnerstr.	Schulhaus Pfalzstr. 8, Zimmer 4, Erdgesch.	Rastetter Anton, Stadtverordneter, Vorsteher. Rastetter Josef IV., Landw., Protokollführer. Rastetter Anton I., Zementgeschäft. Pfisterer Benedikt, Maurermeister. Weber Johannes, Maurerpolier. } Beisitzer.
10	Stadtteil Daglanden. Dammweg, Durmersheimer Str., Federbachstr., Federbachstr. (neine), Frischlachweg, Goldgrundstr., Dahnenstr., Eilensstr., Waldenstr., Mittelstr., Delfgardenweg, Pfalzstr. (ungerade Seite Nr. 1 bis mit 7, gerade Seite Nr. 2 bis mit 6), Pfalzstr., Schattensstraße, Laubenstr., Vorderstr., Waldstr., Waldweg	Ehemaliges Rathaus (Gemeindefekret.) Pfalzstr. 51.	Ganz August, Stadtrat, Vorsteher. Weber Adolf Heinz, Maurermeister, Protokollführer. Moos Valentin III., Landwirt. Weber Anton I., Weber Augustin, Altbürgermeister. } Beisitzer.

Karlsruhe, den 17. Juni 1918.

Der Stadtrat.

**Kräftige junge Männer**  
als Heizer gesucht.  
**Gesellschaft vorm. G. Sinner**  
Karlsruhe-Grünwinkel.

**Städtisches Bierordtbad.**  
Gründlicher Schwimmunterricht

wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.  
Preis für Erwachsene 10 Mk., für Kinder 6 Mk.

# Sozialdem. Partei Karlsruhe.

43. Landtagswahlkreis Karlsruhe-West.

Zu der am 27. Juni d. J. stattfindenden Landtags-Ersatzwahl finden an nachgenannten Tagen

## öffentl. Versammlungen

statt, in welchen der Kandidat, Redakteur Anton Weisemann, über das Thema

### „Die politische Lage in Baden“

sprechen wird. Am

Samstag, den 22. Juni, abends 9 Uhr im „Hirsch“ in Mühlburg;

Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 1/3 Uhr, im „Karlsruher Hof“ in Daglanden;

Sonntag, den 23. Juni, abends 6 Uhr, in der „Neuen Wacht“ in Grünwinkel und am

Montag, den 24. Juni, abends 1/2 Uhr, im „Württembergischer Hof“, Uhländstraße in der Weßstadt.

Hierzu laden wir die Einwohner von Karlsruhe höflich ein mit der Bitte um zahlreichen Besuch.

3863

Der Vorstand. J. A. M. Uebel.

## Bekanntmachung.

Feststellung der Ernteflächen.

Wie wir am 11. Juni bekannt gaben, hat jeder, der zur Anmeldung seiner Erntefläche verpflichtet ist, seinen Meldebogen spätestens am 18. Juni, in den Vororten bei den Gemeindefretariaten, im übrigen bei den Polizeiwachen abzuliefern. Wer zur Meldung verpflichtet ist, sie aber bis jetzt noch nicht erstattet hat, hat dies unverzüglich zu tun. Die rechtzeitige Durchführung der Erhebung ist von großer Wichtigkeit für die Lebensmittelversorgung, so daß die rechtzeitige Anmeldung der Ernteflächen unbedingt nötig ist. Wer nunmehr keine Meldung nicht spätestens am 20. Juni abgibt, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben; für unvollständige oder nicht rechtzeitige Meldung ist bekanntlich Bestrafung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. angedroht.

Karlsruhe, den 17. Juni 1918

3862

Das Bürgermeisteramt.

## Stadtgarten.

Die Gültigkeit der noch im Verkehr befindlichen Musikabonnements und Kartenhäfte zum Eintritt in den Stadtgarten erlischt mit dem 31. März 1919.

Karlsruhe, den 18. Juni 1918.

3861

Städt. Gartenamt.

## Einnachzucker.

Wir fordern die einzelstehenden Personen, welche die Bewilligung der Einnachzuckermarken beantragt haben, und denen eine schriftliche Mitteilung von uns nicht zugegangen ist, auf, die Einnachzuckermarken in unserer Karlsruhler Festhalle, Schalter 2, während der Geschäftsstunden von vormittags 9 bis nachmittags 4 Uhr unter Vorzeigung der Ausweiskarte abzuholen.

Die Marken werden abgegeben an die Bewohner:

- a) Der Oststadt bis zur Karl-Friedrichstraße, Mittwoch den 19. Juni 1918;
- b) Der Weststadt, von der Karl-Friedrichstraße bis Mühlburger-Lor, und der Südweststadt, Donnerstag, den 20. Juni 1918;
- c) Der Südstadt, Freitag, den 21. Juni 1918;
- d) Von Mühlburg und den Vororten, Samstag, den 22. Juni 1918.

Wir eruchen, die festgesetzten Zeiten einzuhalten.

Den Anstalten geht besondere schriftliche Mitteilung zu.

Karlsruhe, den 18. Juni 1918.

3860

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Institut

### der Abteilung II des Badischen Frauenvereins

zur Ausbildung von Mädchen und Frauen als nach den Grundfächern der Modernen Gesundheitspflege geschulte Erziehenden und Pflegerinnen kleiner Kinder von der Geburt an bis ins schulpflichtige Alter.

Jahreskurse für Mädchen mit höherer Schulbildung in der Hildakrippe. Beginn 1. Oktober 1918. Auskunft und Anmeldung durch den Vorstand der Abteilung II, Karlsruhe i. B., Siebenstr. 74, ebener Erde, Zimmer 103.

Der Vorstand der Abteilung II des Badischen Frauenvereins.

## Wir suchen

für unsere Reparaturwerkstätte

## tüchtige Anferwickler

für Gleich- und Drehstrom, sowie mehrere tüchtige

## Mechaniker

für dauernde Beschäftigung. Ges. Offerten unter Angabe der Lohnansprüche, des Eintrittstermines, auch von Kriegesbeschädigten, an

3844

Bischoff & Henkel, G. m. b. H., Mannheim.

## Mädchen

finden Beschäftigung bei

3829

A. Braun u. Cie., Waldstraße 28.